

Die „Volkswohlt“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 212. 2.50, drei Monate 20 Pf., durch die Post bezogen 212. 2.50, frei ins Haus 212. 2.92, wo keine Post am Orte, 212. 3.34.

Volkswohlt

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühren beträgt für die einjährige Colonettel über einen Raum 20 W. 100. Einzelne Inserate 40 W. Doppelzeile unter Zeit 1 W. 100. Einzelne für Werbestellen 1 1/2 W. 100. Einzelne für Verordnungen 1 1/2 W. 100. Einzelne für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 112.

Breslau, Freitag, den 21. Juni 1912.

23. Jahrgang.

Regierung und öffentliche Meinung.

In den finnischen Schären, da wo sich der Selbstherrscher aller Neuen verhältnismäßig am sichersten fühlt, wird binnen kurzem eine Zusammenkunft zwischen ihm und Wilhelm II. stattfinden. Die gutgenährte Presse fordert das deutsche Volk auf, diese Zusammenkunft, die keine private sein wird, da beide Kaiser von ihren sogenannten leitenden Ministern begleitet sind, mit Freude und Jubel zu begrüßen. Sie soll ein Beweis dafür sein, daß es den hinterlistigen Ränken des perfiden „Liberalen“ Rußland zu ungunsten und in einen Gegenstand zu Deutschland hineinzubringen. Die bekannte hundertjährige turmhohle Freundschaft zwischen den beiden benachbarten Reichen erfährt eine neue Verschärfung, und die nie ermüdende Fürsorge Wilhelm II. für die Wohlfahrt des Reiches erscheint wieder einmal in hellster und schönster Beleuchtung.

Das deutsche Volk wird in seiner großer Mehrheit die geforderte Begeisterung schwerlich aufbringen. Es hat nichts dagegen einzuwenden, daß wir mit Rußland im Frieden leben; es hält jeden Krieg, gleichviel gegen welche Front, für einen verhängnisvollen Frevel, und es wird stets alle ernsthaften Bemühungen, Reibungsflächen zwischen den Nationen zu beseitigen, nach Kräften unterstützen. Aber mehr kann man von ihm Rußland gegenüber nicht verlangen, denn eine Annäherung der deutschen Regierung an das russische Reich bedeutet nicht eine Annäherung an das russische Volk, sondern eine Verständigung mit dem Zarismus, und dessen Sünde triefen von Blut. Wir wollen Frieden mit Rußland, aber keine Freundschaft, weil herzliche Beziehungen zwischen Berlin und Petersburg den entrechteten, um ihre Freiheit kämpfenden Massen in beiden Ländern zum Nachteil gereichen. Deutsch-russische Freundschaft — das bedeutet, daß die deutsche, insbesondere die preussische Polizei dem verbrecherischen Willkürregiment jenseits der üblichen Grenze verächtliche Schergen Dienste leistet, und daß russischer Geist noch mehr als es ohnehin schon der Fall ist, in der Verwaltung unseres Landes herrscht.

Auch noch eine andere Besorgnis kann aufsteigen. Allerlei Anzeichen deuten darauf hin, daß es innerhalb der sogenannten Triple-Entente Unstimmigkeiten gibt. Die Petersburger Regierung nimmt zu dem türkisch-italienischen Kriege scheinbar eine andere Stellung ein, als die zu Paris und die zu London. Während bei ihr die Tendenz besteht, die Situation auf Kosten der Türkei auszunutzen, sind England und Frankreich bemüht, die Italiener an der Leine zu halten. Die Differenzen gehen bekanntlich so weit, daß vor kurzem der russische Botschafter in Paris auf Abberufung des französischen Botschafters in Petersburg dringen konnte, weil dieser eben bezüglich des türkischen Problems anderer Meinung ist, als das russische Ministerium des Auswärtigen. Dann haben sich England und Frankreich in den letzten Wochen über die Gemeinsamkeit ihrer Interessen im Mittelmeer ausgesprochen und man darf annehmen, daß sich diese Verhandlungen zu einem Flottenabkommen verdrängt haben, über das man in Petersburg ebenfalls keine reine Freude empfinden mag.

Kurzum, der russische Partner der „Triple-Entente“ fühlt sich von den beiden anderen etwas vernachlässigt und in den Hintergrund gedrängt, und der Schluß liegt nahe, daß er sich durch eine Annäherung an Deutschland aus seiner peinlichen Isolation befreien möchte. Gelängt ihm das, so ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß das neue Freundschaftsverhältnis eine Spitze hat, die sich gegen England und Frankreich richtet; daß wir also das bessere Einbernehmen mit dem Zarismus, von allem schlimmen Einfluß auf die innere Politik abgesehen, auch noch mit einer weiteren Verschärfung des Gegensatzes zu den Westmächten erkaufen müßten.

Gegen eine solche Wendung aber würde die öffentliche Meinung in Deutschland — wir glauben sagen zu dürfen auch außerhalb der Sozialdemokratie — die allerersten Bedenken erheben. Diese öffentliche Meinung will, mit Ausnahme der Schreier und Maulhelden im alldeutschen Lager, alles vermeiden sehen, was die Stimmung zwischen Deutschland auf der einen, England und Frankreich auf der anderen Seite verschlechtern könnte, und sie ist weit davon entfernt, in einer Verbesserung unseres Verhältnisses zu Rußland einen auch nur halbwegs genügenden Ausgleich für einen solchen Verlust zu erblicken.

Nun hat in diesen Tagen der Berliner Vertreter des Pariser „Temps“ seinem Blatte einen Bericht über die in Deutschland herrschende Stimmung gesandt, der ungefähr das Gegenteil besagt. Er stellt die Behauptung auf, die deutsche Regierung sei friedlich, die öffentliche Meinung aber sei kriegerisch, und er fügt hinzu, er zögere nicht zu sagen, daß es immerhin weniger gefährlich erscheinen würde, wenn es umgekehrt wäre. Die Autorität des Kaisers und seine Loyalität sowie auch die des Herrn von Bethmann-Hollweg seien die einzigen Dämme für den Frieden und einer der höchsten Persönlichkeiten des Reiches

habe bestätigt, daß der nächste Krieg durch die Presse erklärt werde.

Diese Auffassung der politischen Situation ist mehr denn sonderbar. Es soll nicht geleugnet werden, daß sich in weiteren Kreisen ein gewisser Skeptizismus bezüglich unseres Verhältnisses zu England bemerkbar macht, aber von diesem Zweifel, der der öffentlichen Meinung durch die angelegentlich friedliebende Politik der Regierung aufgezogen wurde, bis zu einer kriegerischen oder kriegerischen Stimmung ist doch noch ein gewaltiger Schritt. Der Berliner Korrespondent des „Temps“ muß ganz besondere Vorstellungen von der öffentlichen Meinung haben. Na, wenn der Flottenverein und der Mehrverein, wenn die „Post“ und die „Reinisch-Westfälische Zeitung“ die öffentliche Meinung wären, dann hätte er recht, aber die repräsentieren doch in Wirklichkeit nur einen geringeren Bruchteil des deutschen Volkes.

Nun soll weiter zugegeben werden, daß auch außerhalb der Schichten, die von den genannten Organisationen erfasst werden, die Bereitwilligkeit vorhanden ist, Rüstungen auf Rüstungen zu häufen, sicher aber ist bei den meisten dieser Flotten- und Seereservende nicht der Wunsch maßgebend, nun möglichst bald eine kriegerische Abrechnung mit den Westmächten zu veranstalten. Ihre Motive sind mannigfaltig. Die einen glauben ernsthaft, daß die Verstärkung der Rüstungen eine Garantie für die Erhaltung des Friedens sei, die anderen denken an den inneren Feind oder an die Verbesserung der Avancementsverhältnisse, wieder andere fürchten, für nicht genügend national gehalten zu werden, wenn sie nicht mitmachen und ein ganzer Haufen von Spießbürgern läuft auch aus reiner Gedanklosigkeit so im Troß mit. Eigentlich kriegerisch sind nur wenige. Aber natürlich ist die Wirkung nach außen eine andere, und wir sehen es an dem „Temps“-Korrespondenten, zu welchen Schlüssen der Ausländer gelangt.

Wieder erkennt man die große Sünde, die der Liberalismus auf sich lädt, der die Rüstungsfrage auf die leichte Achsel nimmt und frisch darauf los bewilligt, um nur ja nicht seinen Patriotismus in Zweifel gezogen zu sehen. Er trägt die Hauptschuld daran, wenn man jenseits der Grenzen an eine kriegerische öffentliche Meinung in Deutschland glaubt. Und zudem ist es der Fluch auch dieser bösen Tat, daß sie fortzuehend Böses gebiert. Alle die wirklich kriegerischen Elemente, die Heher aus den verschiedensten Lagern, lassen sich durch die Haltung der Liberalen ermutigen, nun immer weiter zu treiben. Der Flottenverein hat deutlich genug gesprochen, und daß er mit seinen Forderungen nicht in der Luft schwebte, deutete eine Note an, die kurz nach seiner Tagung durch die rechtsstehende Presse ging. Diese Andeutungen werden jetzt erweitert. Die „Tägliche Rundschau“ glaubt die Absicht als sicher hinstellen zu können, im Winter noch erhebliche Geschmittel für den weiteren Ausbau unserer Wehrmacht zu Lande wie zu Wasser zu fordern, und die Nachrichten des Deutschen Wehrvereins wissen Ähnliches zu melden.

Daß dieses freivolle Spiel mit den Interessen des Volkes überhaupt in Erwägung gezogen werden darf, haben wir dem bewilligungsfreudigen Liberalismus zu danken, der die öffentliche Meinung hat fälschen helfen. Umsonst wird es not tun, jetzt alles daran zu setzen, daß die wahre öffentliche Meinung, die Meinung der Millionen und Aberrationen zum Ausdruck kommt, die den Frieden wollen, und sich mit ganzer Kraft jenen verhängnisvollen Schritten der Regierung widersetzen, die, sei es auf dem Wege über eine verhängnisvolle Annäherung an Rußland, sei es auf dem über blindwütige Rüstungsverstärkungen, dem Abgrund des Krieges zuführen.

Politische Uebersicht.

Die Scherben schläger an der Arbeit.

Die zukünftigen Preußenbündler und die gegenrätigen Alldeutschen haben wieder eine Arbeit. In Elsaß-Lothringen erhebt die Rebellion aufs neue ihr Haupt, und es gibt wieder eine Reihe von „Fällen“, die die Notwendigkeit der Unterstellung des Landes unter die preussische Zucht erweisen. Die „Post“ hat entdeckt, daß der Staatssekretär Born von Bulach mit dem Abgeordneten Wetterlé, als dieser wegen Beleidigung eines „deutschgesinnten“ Oberlehrers im Gefängnis saß, eine private Korrespondenz gehabt habe. Was in dem Briefe des Staatssekretärs steht, sagt die „Post“ nicht, aber sie droht mit seiner Veröffentlichung.

Hübsche Manieren, die die teutschen Männer sich für den politischen Kampf angeeignet haben! Wenn Sozialdemokraten ähnlich vorgehen, würde des Gezeters über das unmoralische Eindringen in die Privatangelegenheiten eines Beamten kein Ende sein und vielleicht würde man ihnen wegen „Nötigung“ noch mit dem Straßrichter drohen.

Des weiteren hat sich der elsass-lothringische Landtag, um im Jargon der „Post“ zu reden, „erdreife“ in einer Resolution die Regierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, wonach in den Städten Straßburg, Metz und Mülhausen wie sonst im Lande die örtliche Polizeiverwaltung den Gemeinden übertragen wird.

Das ist, wenn man der gut patriotischen Presse glauben soll, nichts anderes als die Vorbereitung zum Landesverrat. Die Polizei könnte mit national-unzuverlässigen und noch gefährlicheren Elementen durchsetzt werden, die gerade in den Festungsstädten wertvolle Helfershelfer der Landesfeinde würden.

Und auch damit noch nicht genug. Der Direktor der Saargemünder Fayencefabrik Schay ist wegen Majestätsbeleidigung verhaftet worden. Was er verbrochen haben soll, ist aus den einander widersprechenden Berichten nicht ganz ersichtlich, aber selbst die „Post“ weiß ihm nichts Schrecklicheres nachzusagen, als daß er in einer Versammlung des Souveränitätsrats gesagt hat: „Um dem Präsidium unser Vertrauen auszudrücken, schlage ich vor, daß wir denjenigen, der behauptet hat, daß wir ihn lange genug von der guten Seite gekannt hätten, nun wirklich mal von der anderen Seite sehen“, wobei — er eine Kaiserbüste mit dem Gesicht nach der Wand gedreht habe.

Ist das wirklich eine Tat, die unter den Majestätsbeleidigungsparagraphen fällt und die die Verhaftung des Herrn Schay rechtfertigt? Wenn ja, dann sollte sich gerade die „Post“ möglichst wenig in den Vordergrund drängen, denn es gibt Leute, die ihre Meinerungen über Wilhelm II. im vorigen Sommer für viel bedenklicher halten, als die symbolische Handlung dieses Geschäfters.

Nun soll in der Fabrik, deren Direktor Herr Schay ist, auch noch eine Petition gegen die geplante Verlegung eines preussischen Regiments nach Saargemünd in Umlauf gesetzt worden sein. Wieder ein hochverräterischer Akt. Dem „Berliner Tageblatt“ wird die Sache allerdings folgendermaßen dargestellt:

Die mit der Affäre Schay in Zusammenhang gebrachte Stimmungsmache gegen die Verlegung eines preussischen Regiments nach Saargemünd hat damit gar nichts zu tun. Vielmehr haben Angestellte und Arbeiter — nicht die Direktion — der Saargemünder Fayencefabrik eine Petition an den Gemeinderat gerichtet, dieser möge keine besonderen Schritte zu einer Vermehrung der Garnison tun und zwar aus rein wirtschaftlichen Gründen, da die Arbeiter eine Vertagung ihrer Lebenshaltung befürchten. Die Petition, der in Saargemünd sehr wenig Beachtung geschenkt wird, richtet sich nicht gegen die Verlegung eines preussischen Regiments, sondern gegen jede Garnisonvermehrung.

Na, und wenn es selbst anders wäre und die Arbeiter wirklich lieber die jetzt in Saargemünd liegenden bayerischen Truppen behalten als die Preußen bekommen hätten, wäre das so etwas Entsetzliches?

Aber natürlich, wer eine Verfassung in Scherben schlagen will, dem ist es ein Leichtes, Gründe zu finden.

Die Antwort des Oberstaatsanwalts.

Was bei den Rechtsbegriffen der Anklagebehörde zu erwarten war, ist geschehen: Der Oberstaatsanwalt des Kammergerichts hat die Beschwerde zurückgewiesen, die Genosse Bogardt gegen den ablehnenden Bescheid des ersten Staatsanwalts erhoben hatte, weil dieser keine Strafverfolgung gegen den Polizeikommandant Koll und dessen vier Schutzleute vornehmen will. Zum ersten Mal versucht der Oberstaatsanwalt in seinem ablehnenden Bescheide, sich mit den §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches abzufinden. Er behauptet, daß der Tatbestand des Verbrechens gegen diese Paragraphen wird nur durch ein rechts-widriges Handeln erfüllt. Das glauben wir auch, nur hatten wir bisher angenommen, Recht sei das, was die Gesetze bestimmen, also z. B. das, was die §§ 105 und 106 des Strafgesetzbuches bestimmen. Und wer dagegen handelt — so haben wir uns gedacht —, der handelt wider das Recht, also rechts-widrig. Folglich ist in dem Moment die Rechtswidrigkeit gegeben, wo jemand das tut, was die beiden Paragraphen verbieten. Da befehrt uns nun der Herr Oberstaatsanwalt eines Besseren. Er schreibt:

„Ob im vorliegenden Fall die Beschuldigten widerrechtlich gehandelt haben, ist eine Frage des Staatsrechts, sie ist rechtsrechtlich nicht gerechelt.“

Da steht man, wie der Mensch irren kann! Wir hatten nun gerade gedacht, das Strafgesetzbuch, das doch ein Reichsgesetz ist, regelt diese Frage. Aber der Herr Oberstaatsanwalt scheibet diese Bestimmung des Reichsgesetzes einfach aus und meint, die Frage könne „nur nach preussischem Verfassungsrecht“ entschieden werden. Da nun — wiederum nach der Meinung des Herrn Oberstaatsanwalts — der Herr Erste Staatsanwalt „einsandfrei dargelegt“ habe, daß der § 64 nicht gegen die preussische Verfassung verstoße, so hätten auch Koll und seine Schutzleute rechtmäßig gehandelt.

Nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt wird man mit Recht höchst gespannt sein, ob diese Art, mit den Gesetzen umzugehen, auch die Zustimmung der Richter finden wird. Wir können jedenfalls auch dreimal wieder aus vollem Herzen rufen: Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Vom Herikalen Kriegsschauplatz.

Die antibachemische „Pölnner Korrespondenz“ schreibt in ihrer neuesten Nummer (17. Juni) u. a.: „Die Pöln-Glabbacher Spionage ist das Schrecklichste, was die moderne Parteipolitik kennt. Zu diesem infamen Mittel greifen die Macher der Pölnner Richtung, weil sie sachlich sich nicht helfen können. Ihr Spionagenetz erstreckt sich überall hin, wo sie eine Gefahr wittern. Ihre Gesandlinge lauern an der Tür des Münchener Kunzhaus, um zu erpähnen, wer dort ein- und ausaucht. Sie machen sich an die Arbeit“

beran, um Ange zu erziehen, an deren Gehelthaltung die Kirche großes Interesse hat; ...

Die Audienz des Herrern Vener und des Grafen Oppersdorff habe man zu hinterziehen gesucht; ein christlicher, angesehener Mann, gebe sich zu den ...

Die im Frühjahr der Kaiserin ...

In Wien sagte Montag Abend ...

Das Reichsblatt der christlichen ...

Gegen die Hoffnungen, daß Rom ein Einsehen haben und die christlichen ...

Niemals läßt Rom sein Ziel aus dem Auge; niemals, und wenn auch die ...

Heute, wo Gift, Totsch und Pistole ...

Die germanischen Völker aber, die Rom stets ein Dorn im Auge waren, weil ihr ...

Wersja Millionen deutscher, niederländischer und blämlischer ...

Wach anderen Zweck könnte sein in Niederland das Verbot der ...

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Soltet.

Anton, der in Liebenau aufgewachsen, das stille Dorf nie verlassen — denn die umgebenden, wenn auch ausgedehnten ...

Mündlichen Worte blersja Millionen Brüder, mächtige, wertvolle ...

Wegen aber brechen sei die Lösung, die wir den frechen ...

Wer aber seinen Bruder haßt, der ist in der Finsternis und wandelt ...

Das leichtsinnig entfaltete Fähnlein.

Wilmhelm II. hat am Dienstag, wie bereits kurz gemeldet, bei der ...

Bürgermeister Dr. Burckard begrüßte den Kaiser. Er erinnerte an den ...

Wilmhelm II. erwiderte: „Wir erfahren aus der Schasse, die ...

Herr Dr. Burckards Festsetzung, in der er alle ...

Die „Tägliche Rundschau“ sieht in den Worten von dem ...

Auswanderer über Eypen bestärken werden. Der Kaiser habe seine ...

Während die linksliberalen Blätter bemerken, was Kaiser über das ...

„Ersparnisse“.

Als eine Aeschwichtigungs Keit sich die ...

Neue Rüstungen. Das Blatt der Vaterpatrien und ...

Nach den Nachrichten des „Deutschen Wehrvereins“ ...

Zu den Verfassungskämpfen in Mecklenburg-Strelitz. Da alle ...

auf ihr kommt zu zeigen, was für Kunde Du verstehst hinter dem ...

Anton antwortete durch eine verneinende Bewegung des ...

Dieser gewöhnliche Ausdruck aus dem Munde des Dorfknaben ...

Zum erstenmal in seinem jungen Leben trank Anton Wein. ...

Dreimal geigte er das Lied ohne irgend eine Variation, ...

Die Anwesenden, obgleich erstaunt, weil sie ähnliche Töne ...

Diese in humoristischer Feierlichkeit gesprochenen ...

Ottlie war hinter der Haustür verschwunden. Anton fand ...

Er griff er seine faltlose Geige, kriff sie verächtlich unter ...

Großmutter schlief schon. Er ging auf den Boden, um ...

Als er aus unruhigem Schlaf erwachte und die ...

(Fortsetzung folgt.)

Abgeordnetenwahlen in Ostha und Guburg. Bei den am Dienstag vollzogenen Abgeordnetenwahlen für den Osthaer Landtag hat die Sozialdemokratie, wie die Wahlmännerwahl vorausgesehen, zwei neue Mandate erobert: Cherdruß und Kretschmer. Die sozialdemokratische Fraktion hat nunmehr neun Sitze unter 19. Es hat nicht viel gefehlt, so wäre auch ein zehnter Kreis erobert worden, sodass wie die Majorität im Landtag besteht hätte. In allen Kreisen haben wir unseren Verstand gefestigt. Die Liberalen verlieren drei Mandate, zwei an die Sozialdemokratie und eines an die Agrarier. Der Landtag setzt sich nunmehr zusammen aus 9 Sozialdemokraten, 4 Agrariern und 4 Liberalen.

Bei den Abgeordnetenwahlen zum Koberger Landtag ist der eine Kreis, in dem die Sozialdemokratie eine Wahlmännerwahl hatte, verloren gegangen. Es wurden gewählt: vier Nationalliberale und drei Fortschrittler. Im Wahlkreis Deslau hatte die Sozialdemokratie eine Wahlmännerwahl; bei der Abgeordnetenwahl stellte sich aber die Stimmgleichheit heraus. Das Los entschied zum Ungunsten der Nationalliberalen.

Ungültigkeit einer Bürgermeisterwahl. In Wandaberg haben gestern in namentlicher Abstimmung der Magistrat und ein Stadtratsmitglied gegen eine Wiedereinsetzung von sieben Stadtratsmitgliedern die Wahl des bisherigen Bürgermeisters Kischer in Art 1. 2. zum Oberbürgermeister von Wandaberg für ungültig erklärt. Das ist unter unangenehmen Verhältnissen und nach eingehenden Verhandlungen vor sich gegangen. Genosse Brubach gab in der Sitzung bekannt, daß von der Verwaltung in Wandaberg ein Antrag auf 1000 Mark für den sozialdemokratischen Agitationsstand sowie 200 Mark für persönliche Bemühungen geboten habe für den Fall, daß mindestens 250 sozialdemokratische Wähler für Kischer stimmen.

„Patriotische“ Weite. Am 12. Juli soll der Kaiser-Wilhelm-„Sozialplan“ der Köln-Arbeitsvereinsrat werden. Bei der Gründung des Unternehmens und bei der Einweihung, an der sich die höchsten Stellen der kaiserlichen, staatlichen und militärischen Behörden beteiligen werden, wird sich viel von „patriotischen“ Momenten und Sanktionen die Rede. Wie sich jetzt zeigen, haben die Gründer überhaupt kein Geld in das Unternehmen hineingehalten und niemals die Absicht gehabt, Opfer zu bringen. Die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder hat nicht mal einen Pfennig an der Kasse (Kaiser), einer der Mitinhaber der „Wirtschaftlichen Zeitschrift“, nicht. Geworden hat man das Schicksal mit dem Gelde einer kleinen Sparkasse mit 1000 Mark, die dem Unternehmen mit dem unangenehmsten Namen „Kaiser-Wilhelm-„Sozialplan““ in der letzten der Ausschüttung 100.000 Mark als 1. Dividende abgeben hat. Und gehen wurde auf 1000 Mark. Zahlreiche kleine Anteile, mer und 1000 Mark haben in der letzten der Ausschüttung noch 100.000 Pf. für ihre Arbeit zu bekommen. Die Verträge auf die hochmöglichen Herren an der Spitze und darauf, daß hohe militärische Befehlshaber im Ehrenamt stehen, nachträglich hat die Regierung die Verwendung des Namens „Kaiser-Wilhelm“ in der Firma des bankrotten Unternehmens verboten.

Erhebungen. Wie der „Reichsbote“ mitteilt, wurde auf einer Mitte vorigen Monats im Reichsamt des Innern mit Sachverständigen und Vertretern der Bundesstaaten, der Landesverwaltungsanstalten und der Berufsvereinigungen abgehaltenen Konferenz eine Kommission aus fünf Mitgliedern ernannt, deren Aufgabe es sein soll, die für die künftigen Erhebungen der allgemeinen Körperverhältnisse eine feste Festlegung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente notwendigen statistischen Unterlagen zu beschaffen. Man will feststellen, ob die bisherige Schätzung über die finanzielle Belastung, die mit 30 Millionen Mark angenommen war, von denen 10 Millionen Mark auf die Reichsrente entfallen, zutreffend ist.

Man wird so lange statistische Erhebungen anstellen, bis eine neue „Reichsrente“ dahingehend kommt und das Geld, das den alten Rentnern zugute kommen sollte, restlos auftritt.

Jaune Beziehungen. In Meiberg, einem Orte der Rheinprovinz, trafen vier Tage in einer nationalliberalen Versammlung zwei hundertjährige Agitatoren, als Diskussionsgegner auf und bländerten die interessanten Tatsache aus, daß sich die bei den letzten Reichstagswahlen gewählten Zentrumsgewählten Kohnmann in Lützel-St. Wendel-Weidenheim und Dr. Well in Moers-Rees auf das Programm des Bundes der Landwirte verpflichtet haben. Um jeden Zweifel zu vermeiden, stellte der nationalliberale Parteiführer Dr. Lützel nochmals ausdrücklich die Frage, ob die Herren vom Bund der Landwirte das anrecht erhalten, und ob die beiden Zentrumsgewählten sich auf die Forderung des Bundes der Landwirte nach dem lückenlosen Kolltarif verpflichtet hätten. Beide Herren vom Bund der Landwirte bejahten dies.

Das Zentrum kommandiert eine große Zahl von Wählern auf konervative Kandidaten ab, der Fürstbischof von Breslau zahlt Geld in die konervative Kasse, Zentrumskandidaten verpflichten sich auf den lückenlosen Kolltarif. Aber einen schwarz-blauen Votz gibt nicht!

Ausland.

Der Entscheidungskampf in der französischen Wahlreformfrage.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns: Der Kampf um die Wahlreform, d. h. um die Beibehaltung des bisherigen Mehrheitswahlsystems oder die Einführung des Proporzsystems, hat seinen Endpunkt. Montag hat die entscheidende Debatte begonnen. Am 4. Juni legte die Kammer bekanntlich die Finalakte des sogenannten ersten Entwurfs ab und zwar fast einstimmig, da die Proportionalisten einen letzten Versuch machten, den Antiproportionalisten dadurch entgegenzukommen, daß sie der Regierung Gedenkschriften gaben, einen neuen Entwurf einzubringen, und da die Anhänger des Mehrheitswahlsystems hofften, mit der Ablehnung der Finalakte die Reform selbst zu treffen. Man hat sich auf beiden Seiten getuschelt. Weder ist die Frage aus dem Vordergrund der parlamentarischen Arbeit verschwunden, noch hat der neue Regierungsentwurf die führenden Antiproportionalisten zu Gunsten der Reform umgestimmt. Die ganze Frage besteht nun darin, ob auch die „Masse“ der antiproportionalistischen radikalen Abgeordneten in ihrer bisherigen Stellung verharren, oder ob genügend abplittieren, um dem Ministerpräsidenten Poincaré die Mehrheit der republikanischen Mehrheit zu beschaffen. Da er das formelle Versprechen abgegeben hatte, die Reform nur mit der republikanischen Mehrheit machen zu wollen, mußte der Augenblick kommen, in dem er sich mit einer absoluten Mehrheit nicht begnügen konnte, ohne deren Zusammenfassung in Betracht zu ziehen. Die radikale Presse

hat es keinen Tag unterlassen, den Ministerpräsidenten daran zu erinnern. Dadurch ist die seitliche Lage geschaffen, daß die Anhänger des Mehrheitswahlsystems von der Regierung fordern, sich bei der Abstimmung über die Wahlreform nicht nach der Mehrheit zu richten, sondern nach der Minderheit, wenn diese Minderheit die Mehrheit der linken radikalen Republikaner bildet. In der Abstimmung über die Wahlreform, die am 10. Juni im Senat stattfand, hat die republikanische Mehrheit von Poincaré, die antiproportionalistische Arbeitsfrage, in einer zweifelhafte Weise verteidigt, er hat Kontroverse, dessen Vass die Kommission und das Parlament bildet. Man hatte davon gehofft, daß hunderte von radikalen Abgeordneten dieses Kontroverseprojekt unterzeichnet hätten. Es ist aber verbleibt wurde, zahlte man nur sechzehn Namen. Das neue Reformprojekt enthält in erster Linie die Bestimmung, daß die Verteilung der Sitze auf Grund des Wahlquotienten erfolgen soll. Das proportionalistische Hauptprinzip ist also gewahrt geblieben. Außerdem hat es zum Unterchied von dem ersten in der Kammer angenommenen Entwurf das Recht der Zusammenfassung für Listen verschiedener Parteien, das „Berühmte Apparentment“ wieder eingeschaltet, die den Listen entsprechenden Sitze sollen der Liste zufließen, die am meisten Stimmen erhielt. Da die Wahlreformkommission das Kontroverseprojekt Poincaré mit vier Stimmen ablehnte, so wird die Abstimmung darüber in der Kammer eine Abstimmung über die Grundfrage sein, ob die Liste zuzulassen, die am meisten Stimmen erhält. Die Radikalen haben großes Interesse, Poincaré zu stützen, dessen Abgang eine Äußerst verwerfliche und für die Radikalen gefährliche Lage herbeiführen würde, die eine Auflösung der Kammer fast notwendig machen würde. Es ist deshalb wahrscheinlich, daß der neue Entwurf genügend republikanische Stimmen auf sich vereinigen wird, um Poincarés Weibchen zu ermöglichen und die Durchführung der Wahlreform zu sichern.

Annahme der Wahlreformvorlage in England. Das Unterhaus hat gestern mit 254 gegen 150 Stimmen die Wahlreformvorlage in erster Lesung angenommen.

Aus Ungarn. Vor dem Abgeordnetenhaus wiederholten sich gestern die bekannten Szenen. Das Abgeordnetenhaus war nun einem Militärparlament umgestaltet. Neun Abgeordnete, die von den Eignungen ausgeschlossen sind, wurde der Eintritt verweigert. Abgeordneter Ruzsly erhob im Namen seiner Kollegen Protest, da sie mit Waffengewalt von der Erfüllung ihrer Pflichten und der Ausübung ihrer Rechte als Abgeordnete abgehalten werden. Er erklärte, daß sie nur der Gewalt weichen und nicht an den Sitzungen des Hauses teilnehmen werden. Darauf entfernten sich die Abgeordneten in aller Ruhe.

Amerikanische Wahlen. Je mehr die Wahlkrisis ihrem Ende entgegengeht, desto mehr erhebt sich die feierhafte Aufregung in den beiden Parteienlagern. Einer der Lastagenten, der beauftragt ist, die Lager der Parteien zu überwachen, gibt seiner Entrüstung über die Art der Vorgänge der Parteigänger Roosevelt mit folgenden Worten Ausdruck: „Es ist ein Verbrechen, die Agenten Roosevelts mit dem Namen zu bezeichnen, indem sie sogar ihre Stimmen verweigern, wird zur reinen Gemeinheit. Man hat den Wählern bis zu 5000 Dollar gegeben. Glücklicherweise sind sie nicht zu bestechen, und überlegen haben wir sie zu unserer größeren Sicherheit hinter Schloß und Riegel gebracht. So habe ich 3. W. den einen von ihnen der Überwindung verschiedener Mitglieder unseres Komitees unterstellt, die beauftragt sind, sie nicht aus den Augen zu lassen. Was uns das kostet, ist furchtbar. — Bei den Anhängern Roosevelts ist natürlich die Entrüstung über die Gegenüberstellung eines Delegierten groß. Man kritisiert nicht immer in der feinsten Weise das Vorgehen der Lastagenten. Einer der politischen Freunde Roosevelts erklärte: Was sich die Banditen des Laft erlauben, ist schlimmer als die Schrecken aus der Zeit der Sklaverei. Man verlangt die Negier ihrer Freiheit. Man überfällt sie mit Champagner, man unterhält sie mit den unmoralischen Schauspielern und die Anhänger Roosevelts können ihnen keine Hilfe bringen. Wir wissen von dem Falle eines Abgeordneten, der in einem Zimmer des öffentlichen Viertels eingekerkert ist, aber wir haben nach seiner Frau geschickt und hoffen, daß sie die Freisetzung des gefesselten Delegierten durchsetzt. Was die Negier betrifft, die nicht gefangen sind, so sind sie desto anspruchsvoller und verlangen, in die besten Hotels untergebracht zu werden, die äußerst kostspielig sind, und lassen es sich wohl sein. In den Straßen ist das Treiben nicht weniger amüsant. Man sieht die Cowboys mit Revolvern im Gürtel umherziehen, die Fanfare im Munde. Privatdetektive lauschenden überall aus, was in den einzelnen Gruppen gesprochen wird und berichten es sogleich an höherer Stelle. Die Händler von politischen Abzeichen, Vannern, Stöcken, Fähnchen usw. mit den Orchestern, die in den Geschäftstraßen spielen, bieten alles den Eindruck eines riesigen Marktes.“

Aus Oberösterreich.

Mordprozess Raczky und Genossen!

Zweiter Verhandlungstag. Der Zubrang des Publikums, das aus dem ganzen Industriebezirk zugeströmt ist, ist bedauerlich. In den Türen müssen die Posten verstärkt werden, die alle Mühe haben, die ankommenden Massen fernzuhalten. Man sieht nur Personen besonderer Kreise. Die Angeklagten sehen recht wohl aus, und Kondziolka, der bisher immer vor sich runter gesehen, wickelt hin und wieder einen Blick ins Publikum. Die gesamte Zeugenvernehmung, soweit sie mit der Mordthat selbst zu tun hat, beschäftigt im großen und ganzen die Angaben der Angeklagten, wobei die Tat des Kondziolka in einem milderen Licht erscheint, als die des Raczky, dessen Werkzeug Kondziolka offenbar gewesen ist. Es folgt dann die Vernehmung von 17 weiteren Zeugen, die über die Geistesbeschaffenheit der Kondziolka vernommen werden. Josef Kondziolka, der Vater des Angeklagten, ist ein alter zitternder Mann, bestreitet, daß er seinen Sohn wegen Verdrehung angezeigt habe, was aber aus den Akten festgelegt wird. Die Bewilligung des Raczky, Kondziolka verweigert die Aussage. Eine ganze Reihe Zeugen bekunden, daß man Kondziolka überall als Pankurver behandelt habe. Einige frühere Arbeitgeber schildern ihn als fleißig aber einseitig und willenlos. Damit ist die Zeugenvernehmung beendet und es gelangt ein Brief Kondziolkas zur Verlesung, den er am 10. November, also vier Tage nach dem Mord von Ratibor aus an die Postge-

verwaltung in Ratibor geschrieben hat. In diesem Briefe gibt er den Mord zu, versucht seine Eltern und nimmt von allen Bekannten Abschied, denn er wollte sich in der nächsten Stunde zwei Revolverkugeln in den Kopf schießen. Wehrt, warum es sich erlösen wollte, gibt er an, diese Absicht nicht gehabt zu haben, auch hat er gar keine Erklärung dafür, warum er diesen Brief geschrieben hat. In einem zweiten vorher geschriebenen Briefe erlucht er dem Schwiegervater des Raczky ihm sein zweite Tochter, die Schwester der Frau Raczky zur Frau zu geben. Er spricht dann im Briefe von stillosen Verletzungen seiner angeblich Geliebten und droht, daß er diese an die Öffentlichkeit bringen wird, wenn er die Tochter nicht zur Frau bekommt. Auf Befragen muß er zugeben, daß er von stillosen Verletzungen nichts weiß; er habe den Brief ja auch nur nach den Angaben Raczky's geschrieben.

Sachverständiger Medizinalrat Wagner hat mit noch einem Arzte die Leiche des Chapper leiert. Der Schädel war völlig zertrümmert, was offenbar von den Schlägen Kondziolkas herrührt. Die Verletzung genährte, um den Tod herbeizuführen, ebenso wie der Stich in der Brust, der nicht das Herz, aber die Hauptschlagader getroffen hat. Der Hals sei bis zur Wirbelsäule durchschnitten gewesen, so daß der Körper völlig blutleer war. Diese Verletzung, die offenbar noch ausgeführt ist, als Chapper noch lebte, führte den sofortigen Tod herbei.

Geheimrat Rander, der Direktor der Ragnitzer Irrenanstalt, hat Kondziolka mehrere Wochen auf seinen Verbleib beobachtet. Er hält ihn für einen willensschwachen Menschen, der leichter zu einer Tat zu bewegen sei, als ein ganz normaler Mensch; aber geisteskrank im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuchs sei er nicht.

Darauf wird auf die weitere Vernehmung einschließlich des geplanten Lokalkommis alleinig verachtet.

Staatsanwalt Dr. Wenke beschäftigt sich nun eingehend mit dem Mord, soweit Raczky und Kondziolka dabei in Frage kommen. Die einseitige Anklageberechtigung, daß Raczky und Kondziolka wegen Mord und Raub schuldig zu sprechen sind.

Staatsanwalt Rlose fordert die Bestrafung der Frau Raczky, die von der Mordtat wusste, aber nichts getan habe, um diese zu verhindern.

Die Rechtsanwältin Wente, Neugebauer und Ellgauer traten für mildernde Umstände ihrer Klienten ein. Nach den Gegengründen der Staats- und Rechtsanwältin folgt die Rechtsbelehrung der Geschworenen, die sich dann zur Beratung, die 1 1/2 Stunden dauerte, zurückzogen.

Der Obmann der Geschworenen verkündet den Spruch derselben dahin: Raczky und Kondziolka sind der überlegten Tötung, also des Mordes und auch des Raubes schuldig. Frau Raczky ist schuldig, das geplante Verbrechen nicht verhindert und auch die Täter nach dem Mord begünstigt zu haben.

Darauf beantragt der Staatsanwalt gegen Raczky und Kondziolka die Todesstrafe und je 10 Jahre Zuchthaus. Gegen Frau Raczky werden einethalb Jahre Gefängnis beantragt.

Während der kurzen Beratung des Gerichts werden wiederholt Einträge auf die Akten des Saales und Zuhörerraumes unternommen. Gerichtsdiener und Polizeibeamte müssen mit dem Publikum einen regelrechten Kampf führen. Als mit Hilfe des Vorlesenden, Landgerichtsdirektor Dr. Siemon, die Ruhe wieder hergestellt war, verkündet dieser folgendes Urteil:

Die Angeklagten Raczky und Kondziolka werden wegen Mordes und Raubes, begangen im Tateinheit, zum Tode und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Frau Raczky wird zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, wovon sechs Monate auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet werden.

Raczky nahm das Urteil ruhig entgegen, während Kondziolka kreidbleich vor sich hinstarrte. Frau Raczky, sowie die Verwandten der Verurteilten weinten heftig. Die beiden Männer werden gefesselt abgeführt. Wieder eine abgeurteilte Mordtat, an deren Überschleifen leider so reich ist.

Breslauer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht über den Hauptviehmarkt am 19. Juni d. Der Auftrieb betrug: 1867 Rinder, 1933 Schweine, 1117 Schafe, 186 Gänse. Ueberstand vom vorigen Markte waren: 29 Rinder, 2 Schweine, 42 Schafe.

Es wurden geschlachtet für 60 Kilogramm:		Sechsböcker	Schlachtgewicht
I. Rinder. A. Ochsen:			
Vollfleischige, ausgewählte Ochsen höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungekocht)	47-50	81-86	81-85
Vollfleischige, ausgewählte, im Alter von 4 bis 7 Jahren Junge, fleischig, nicht ausgewählte in ältere ausgewählte Mäßig genährte Junge, gut genährte Ältere	36-40	72-80	72-80
B. Kühe:			
Vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts	45-48	76-81	76-81
Mäßig genährte Kühe, gut genährte Ältere	40-44	70-74	64-69
C. Kalben und Lämmer:			
Vollfleischige, ausgewählte Kalben höchsten Schlachtwerts	46-49	79-84	79-84
Vollfleischige, ausgewählte Lämmer höchsten Schlachtwerts	40-45	74-83	74-83
Ältere ausgewählte Kühe und wenig gut entbolde Kühe und Lämmer	35-39	70-78	70-78
Mäßig genährte Kühe und Lämmer	31-32	66-68	66-68
Gering genährte Kühe und Lämmer	28-29	64-65	64-65
D. Gering genährte Jungvieh (Hefen):			
II. Schafe:			
Doppeltender feinsten Rast:			
Feinste Wollschaf (aus Norddeutschland)	52-55	87-92	87-92
Mittlere Rast, und beste Sauglämmer	44-47	78-83	78-83
Geringere Rast, und gute Sauglämmer	36-42	69-81	69-81
Weringere Sauglämmer:			
III. Gänse. A. Stammgänse:			
Wollschaf und jüngere Stammgänse	43-47	86-94	86-94
Ältere Stammgänse, geringere Stammgänse und gut genährte Junge Gänse	38-40	79-83	79-83
Mäßig genährte Stammgänse und Gänse (Wassergänse)	21-27	54-64	54-64
B. Weiberggänse:			
IV. Schweine:			
Wollschafige Schweine über 100 bis 150 Kilogr. (240 bis 300 Pfund) Lebendgewicht	58-62	73-78	73-78
Wollschafige Schweine über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund) Lebendgewicht	58-60	74-77	74-77
Wollschafige Schweine über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund) Lebendgewicht	55-59	71-76	71-76
Wollschafige Schweine bis 80 Kilogr. (160 Pfund) Lebendgewicht	53-55	71-73	71-73
Sauen und geschnittene Eber	40-54	64-70	64-70
Fleischschweine über 100 Kilogr. (3 Fünftel) Lebendgewicht	60-62	73-76	73-76

Der Beschäftigung war mittelmäßig, für Rinder langsam. Auftrieb nach Oberösterreich: 429 Rinder, 94 Schweine, 53 Schafe; nach Mittel- und Niederösterreich: 279 Rinder, 22 Schweine; nach Sachsen: 101 Rinder, 10 Schafe; nach Baden-Württemberg: 279 Rinder, 22 Schweine; Ueberstand verbleibend: 8 Rinder, 85 Schafe. Von den Schweinen wurden verkauft: 4 Stück zu 65 Mk., 21 zu 64, 87 zu 63, 240 zu 62, 156 zu 61, 401 zu 60, 280 zu 59, 807 zu 58, 194 zu 57, 199 zu 56, 148 zu 55, 46 zu 54, 24 zu 53, 15 zu 52, 7 zu 51, 11 zu 50, 1 zu 49, 9 zu 48, 1 zu 46, 8 zu 45 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Oronsky. — Redaktion und Expedition: Rastau, Hauptstraße 7. — Verlag der „Volkswacht“, G. m. b. H. — Druck von Th. Schatz, G. m. b. H. — sämtlich in Rastau. — Telegramm-Nummern: 20 31.

Ravon-Geife

ganz ohne Soda!!

eine neuartige Haushaltseife von fabelhafter Waschkraft

6694 Stück 20 Pf.

In den nächsten Tageszeitungen erscheint meine Preis-Annonce für den am 24. Juni beginnenden

Enorme
Warenmengen
zu beispiellos billigen
Preisen.

Sommer-Saison-Ausverkauf

Für
Restaurateure,
Hotellers, Sanatorien,
Logierhausbesitzer
günstige Kauf-
gelegenheit.

M. Schneider, Breslau, Neue Schweißdritzer Str. 1.

7717

Am 18. Juni, abends 11 Uhr, entschlief plötzlich und unerwartet unsere innigstgeliebte herzengute Gattin und Mutter, Frau
Selma Mohring geb. Reimann
im Alter von 38 Jahren.
Dies zeigt schmerzzerfüllt mit der Bitte um stille Teilnahme an,
Liegnitz, den 20. Juni 1912 7722
Max Mohring, nebst Kindern.
Die Beerdigung erfolgt Sonnabend, den 22. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Neue Glogauerstrasse 58 an.

Palmengarten. 7620
Prachtdecoration.
Orangen-Fest
Damen-Blasorchester.
Entree frei!

Radrennbahn Scheitnig-Grüneiche.

Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 4 Uhr:

Gr. Fernflug-Preis

über 100 Kilometer in 3 Läufen:
20, 30 und 50 Kilometer.

Es starten:

Huybrecht, Belgien. Collins, Amerika.
Scheuermann, Breslau. Thomas, Breslau.

Ausserdem 5 Flieger-Rennen.

Abonnement

übertragbar für 4 Rennen Mk. 8.00 — Innenraum und Platz am Ziel.

7712

Dienstag abend verschied plötzlich nach kurzem Leiden die Lebensgefährtin unseres Geschäftsführers,
Frau Selma Mohring.
Wir nehmen an dem schweren Schicksalsschlag, der unseren Geschäftsführer damit getroffen, innigen Anteil.
Liegnitz, den 19. Juni 1912. 7723
Die Gesamtverwaltung des Konsumvereins für Liegnitz u. Umg.

**Radrennbahn
Grüneiche.
Training**
am 7690
**Gr. Fernflug-
Preis**
Freitag, den 21. Juni
Sonnabend, d. 22. Juni
Entree 20 Pf.
Wichtigster haben gegen Herzog,
der Mitgliedkarte freien Eintritt.

Am Dienstag, den 18. d. Mts., entriss der Tod die Lebensgefährtin unseres Geschäftsführers 7724
Frau Selma Mohring.
Ihr biederer Charakter ehrt sie über den Tod hinaus.
Liegnitz, den 19. Juni 1912.
**Die Lagerhalter und Verkäuferinnen
des Konsumvereins für Liegnitz u. Umgegend.**

Pfänder-Auktion
Anfang Juli cr. 7649
Pfandloshaus Institut Matylasstr. 113, I. St.

„Nordsee“
Hauptgeschäft: Schmiedebrücke 19.
Telephon 3284
und sämtliche Filialen und Niederlagen.

Wir empfehlen in lebendfrischer Ware im Schnitt:

7718

ff. Nordsee-Cablau 25 Pf., ff. Schellfisch 25 Pf.
ff. Nordsee-Seelachs 25 Pf., ff. Goldbarsch 22 Pf.

Bratschellfisch 25, Angelschellfisch 45-50, große Scholle 60-70, Bratscholle 35,
Rüstenhecht 45, Fischkoteletts 60, Mutterfisch im Schnitt 45, Stettiner
Seiche 100, Bratscheite 75, Bratsander 50.

Neue Matjesheringe 10, 15, 20 Pf., ger. Goldbarsch Stück 10 u. 15 Pf.

Am 18. d. Mts. verstarb unser Freund und Verbandskollege,
der Klempner
Fritz Glimmer
im Alter von 65 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
**Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-
Verbandes (Verwaltung Breslau).**
Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Allerheiligen-
Hospital nach Cosel. 7725

Schneidergesellen
sucht H. Hänsel, Schneidermeister,
Liegnitz, Neue Karthausstr. 24, III.

Malerlehrling
Reisgelt 5-7 Mark, kann sich melden bei
Alfred Jacob, Postfachstraße 4. 7727

Freundl. saubere Frau
tagüber an zwei kleinen Kindern
gesucht. 7711
Bund Mutterschutz, Garvestr. 29, I,
Stadt Sparkasse.

Am 19. ds. Mts. verschied nach langem schwerem Leiden
unser Mitglied, der Schuhmachermeister
Franz Stiffel
im Alter von 63 Jahren. 7726
Ehre seinem Andenken!
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.
Trauerhaus: Kletschkastrasse 12.

Bunzlau.
Die besten Geneisen von Bunzlau und
Umgegend werden gebeten, meinen Kaffee-
Salon mehr zu besuchen.
Stanislaus Zanker, Freiseur
am Schwetzerweg. 7716

**Amerik. Brillant
Glanz Stärke**
mit dieser Marke
gibt die
**Globus
schönste
Plättwäsche**
5268/2

Wilhelmsburg.
Heute Donnerstag: Strohwitwer-Kränzchen, große Polonäse mit Graté.
Westendstr. 50-52.
Heute Donnerstag: Gr. Sommernachts-Kränzchen verbunden mit Präsent-Polonäse. Eröffnet G. Franz.

Hentschel, Pöpelwitz
Heute Donnerstag: Sommernachts-Kränzchen bei freiem Willkür Orchester.
Entree. Eisbeinessen.

Limonaden-Essenzen
Extraktreife und wohlbekömmliche
Für mindest 12 Liter ausreichend. 7410
1 Dutzend Flaschen sortiert Mk. 2.75 franko überallhin.
Chemische Werke E. Waither, Halle a. S., Mühlweg 20.

„Lotte Glimmer“ Humoristischer Roman
aus dem Berliner Leben.
Preis nur 15 Pf.
Zu beziehen durch die „Volkswacht“-Buchhandlung,
G. m. b. H., Neue Graupenstrasse 5/6.

Halali von Achleitner.
Geschichten aus den Bergproviern. 15 Pf.
Volkswacht-Buchhandl. Breslau, Neue Graupenstr. 5/6

Bezeichnungen der kaiserlichen Markt-Notierungs-Kommission.
Breslau, den 18. Juni.

Bezeichnung	gute		mittlere		geringe Sorte	
	50 Pf.	100 Pf.	50 Pf.	100 Pf.	50 Pf.	100 Pf.
Weizen, weißer	22 80	21 80	21 80	20 90	20 80	19 70
Weizen, gelber	22 70	21 60	21 70	20 80	20 70	19 70
Roggen	19 60	19 10	19	18 10	18	17 70
Gerste	18 20	17 90	17 80	17 50	17 40	16 70
Hafer	18 70	18 20	18 10	17 90	17 80	17 60
Stärke-Erdäpfel	25	24	23	22	21	20
Erbsen	21 60	21	19 80	18 80	18	17 60

Getreide per 100 Kgr. 8.80-9.20 Mk.
Rangstroh per 100 Kgr. 5.40-6.00 Mk.
Weizenstroh 100 Kgr. 4.00-4.20 Mk.
Breslauer Weizenmehl Wehl feiner, per 100 Kilo inkl. Fracht brutto
25.00 Mk., Weizenmehl 00 feiner, 25.50 bis 26.00 Mk., Roggenmehl 00 feiner, 25.00-25.50 Mk., Weizen-
Butterweib 100 Kgr. 12.00-12.50 Mk., Weizenmehl feinstes, 14.00-15.00 Mk.

Schauspielhaus
Gesamt-Gastspiel des Kölner
Deutschen Theaters:
Freitag 8 Uhr: Zum 2. Male:
7728 „Ganan.“
Donnerstag 8 Uhr: Zum 4. Male:
„So'n Windhund.“
Freitag 8 Uhr: Zum 5. Male:
„So'n Windhund.“
Sonnabend 8 Uhr:
„Frühlingserwachen.“

Viktoria-Theater
„Napoleon u. s. Frauen.“
Aufführungsbüch mit
Rudolf Lettinger.
Anfang 8 Uhr. 7639

Zeltgarten
Vornehmtes Variete-Theater
Dir.: L. Romani. — Tel. 2077.
**Vollständig
neues Programm**
12 erkläre Spezialitäten
Anfang 8 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung
gedeckte Terrassen.
Vorzügl. Küche.
Erstklass. Weine.

Liebich's Etablissement
Heute und folgende Tage:
„Es tut sich was.“
Grosse Anstaltungs-Revue in
3 Akten von
Henry Bender.
Musik von Arthur Steinke.
Anfang 8 Uhr. 7632
Im Garten: Militär-Konzert.
Freitag, den 21. Juni:
Zweiter rauchfreier Abend.

Barber Breslau
Privat-Handelsschule
Schön schreiben
Stenographie
Handels-
Wissen-
schaften
Gartenstr. 57
neben Liebig
Man verlange
kostenlos u. postfrei
Prospekt N° 3
Halbjahr- u. Jahreskurse
7564

Hochlegante Kinderwagen
und Sportwagen, zusammenlegb.
v. b. Maibach, Brüderstr. 13, 2.
Eiserne Bettstellen
Patent-Eis-Matrassen 7656
Auflege-Matrassen
Engros Ballstraße 18.
Kuhkäse
hochfein, goldgelb, der Schönl. 1.40 Mk.
verkauft Tannengasse 2. 7716
Die 10 Gebote u. die besitzenden Klassen
von Hofmann — 30 Pf.
— Buchhandlung Volkswacht. —

Seeben in 2. Auflage
erschienen:
Hermann Wendel
Hie Fleischwucher!
Hie Gottesgnadentum!
Wegen angeblicher
Majestätsbeleidigung
konfiszirt gewesen!
Preis 10 Pf.
Buchhandlung „Volkswacht“

1. Beilage zu Nr. 142 der „Volkswacht“.

Freitag, den 21. Juni 1912.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. Juni.

Geschichtskalender.

21. Juni.

- 1802 Erstes Summollarbeiter-Schlingeseil in England.
- 1819 Der Komponist Jacques Offenbach in Köln.
- 1826 Der Physiker und Meteorolog Georg von Neumayer in Kirchheimbolanden.
- 1862 Der Dichter und Bahnbrecher des Naturalismus Johannes Schlaf in Duerfurt.
- 1872 Der Dichter und oppositionelle Politiker Robert Prutz in Stuttgart.

4000 Mark

wurden gestern von einem Privatmann zum Bau des Gewerkschaftshauses bar eingezahlt. Jetzt, wo mit den Schachtarbeiten bereits begonnen ist, sollte jeder Arbeiter, der nur irgendwie in der Lage ist, etwas zum Bau des Gewerkschaftshauses beitragen zu können, sich zum Vorschein machen, seine Anteilkarte so schnell wie möglich vollgelebt abzuliefern. Geld wird noch viel gebraucht, und je mehr Mittel zur Verfügung stehen, desto unabhängiger machen wir uns vom Privatkapital. Also: Auf zur Tat!

Acht Monate Gefängnis!

Am Dienstag erst hat das Reichsgericht eine Gefängnisstrafe von drei Monaten gegen Genossen Darrf bestätigt; einen Tag später sind schon wieder von der dritten Strafkammer über fünf Genossen acht Monate Gefängnis verhängt worden. Davon kommen allein auf Genossen Strowig, den Parteisekretär für Breslau (Land), Neumarkt vier Monate Gefängnis. Was haben die Genossen verbrochen? werden unsere Leser fragen. Nun, sie sollten am Tage der Reichstagswahl, am 12. Januar, im Wahllokale zu Puschlowa, Kreis Breslau, einen gemeinschaftlichen Saussriedensbruch verüben und den Wahlvorsteher, Mittergutsbesitzer und Amtsvorsteher von Nachrich beleidigt haben. Der Sachverhalt ist folgender:

Genosse Rebold aus Mieschowitz sollte im Auftrage der Wahlkreisleitung am Tage der Wahl das Wahlgelände in Puschlowa überwachen. Er machte in angemessener Form am Vormittag Herrn von Nachrich auf die Wahlurne aufmerksam, deren Tadel nicht verschlossen war. Der Wahlvorsteher erwiderte, das sei auch gar nicht nötig, es genüge, daß der Tadel auch unverschlossen des Gefäß bedecke. Damit gab sich Rebold zufrieden. Gleich darauf forderte Herr von Nachrich vom Genossen Rebold die Legitimation. Die vorgelegte Kontrollkarte mit dem Stempel der Wahlkreisleitung genügte jedoch dem Wahlvorsteher nicht; er verlangte vielmehr einen Ausweis vom zuständigen Gemeindevorstand. Genosse Rebold verfuhr dem Wahlvorsteher folgendermaßen, daß dieses Verlangen nicht nur unberechtigt, sondern auch ungesetzlich sei; doch müßte alle Willkür der Wahlvorsteher aufeinander nicht geheime „Abgänger“ sollte sich aus dem Wahllokale entfernen, was er zunächst nicht tat. Erst später verließ er das Wahllokale, um sich mit der Wahlkreisleitung telefonisch in Verbindung zu setzen und ihr von dem Vorgefallenen Mitteilung zu machen. Darauf trat Genosse Strowig am Nachmittag im Automobil in Puschlowa ein, denn seine Aufgabe war es, etwaige Verstöße gegen das Wahlgesetz in den Dörfern des Kreises Breslau festzustellen, um möglichst noch am selben Tage Beschwerde beim Landrat zu erheben. Es war dem Genossen Strowig plausibel genug mitgeteilt worden, daß ein Gutsinpektor aus dem Wahllokale eine Anzahl amtliche Stimmzettel mit den dem gehörigen konserverativen Stimmzetteln geholt und diese konvertiert dann unter „keinen“ Leuten verteilt habe. Es sollen überhand viele amtliche Wahlkonverten zu je 50 Stimmzetteln verteilt worden sein und die Empfänger sollen gleichzeitig den konserverativen Stimmzettel in die Hand gedrückt bekommen haben. Strowig hatte also alle Ursache Herrn v. Nachrich einmal zu sprechen. Aber auch Genosse Strowig wurde vom Wahlvorsteher nach seinem Ausweis gefragt, bevor er seine Beschwerde vorbringen konnte. Nachdem sich Strowig als Wahlkontrolleur ausgewiesen hatte, so berief Herr

von Nachrich natürlich wieder den Ausweis vom Gutsinpektor in die Hand gedrückt bekommen haben. Strowig erwiderte: „Wissen Sie nicht, daß jedermann hier zurecht hat? Das Wahlgelände schreibt ausdrücklich vor, daß sich niemand darüber ausbreiten braucht, welchem Gemeindevorstand er angehört.“ Im Anschluß an diese Bemerkung sagte Genosse Strowig: „Aber auf dem Lande werden sich ja die Herren die Gehege, wie es ihnen paßt.“ Der Wahlvorsteher bemerkte: „Nicht wahr, Sie fühlen sich durch diese letzte Bemerkung „empört“ und er fragte den Wahlvorsteher, wie er sich „so etwas“ bieten lassen könne. „Wollen Sie jetzt endlich das Lokal verlassen?“, fragte noch einmal Herr von Nachrich, worauf Strowig ebenfalls erwiderte: „Mein das habe ich nicht nötig.“ Nun ließ der Wahlvorsteher aus der von ihm geleiteten Zunderfabrik einige Arbeiter herbeirufen, die Genossen Strowig gewalttätig aus dem Lokal bringen sollten. Als die Arbeiter ankamen, rief ihnen Strowig zu: „Ihr wollt Arbeiter sein! Schämt Euch was, daß Ihr so durch vor Euren Brüdern laßt und Euch zu Mäuschweibern eines Arbeiters herbeirufen!“ Strowig ließ es nicht zum gewalttätigen Auseinanderkommen; er ging von selbst, und ermahnte vorher noch die im Lokal anwesenden Wahlkontrolleure Rebold aus Mieschowitz, Langfeld aus Krieger, Tenbert aus Krieger, sieh und Bauer aus Mieschowitz, treu ihren Dienst zu versehen und sich durch die Anordnungen des Wahlvorstehers nicht beirren zu lassen. Auch die genannten Wahlkontrolleure wurden aus dem Lokal gemieden; sie gingen aber auch nicht.

So haben sich die Verhältnisse zugezogen. Durch das sündliche Handeln des Schloßers Georg Smolka wurde in der Verhandlung festgestellt, daß tatsächlich ein Gutsinpektor amtliche Wahlkonverten und konserverative Stimmzettel mit Wissen des Wahlvorstehers aus dem Wahllokale geholt hat. Die Beweisnahme ergab aber auch, daß im Wahllokale zu Puschlowa ein Vertreter der konservativen Wahlkreisleitung, gleichwohl konservativem Stimmzettel und zwar außerhalb des eigentlichen Wahlgeländes verteilt hat. Der Staatsanwalt nahm bei allen Angeklagten gemeinschaftlichen Saussriedensbruch an, worauf nach dem Strafgesetze nur Gefängnisstrafe verhängt werden kann. Außerdem habe sich Rebold am Vormittag des einfachen Saussriedensbruchs schuldig gemacht. Strowig habe außerdem den Wahlvorstand und die Arbeiter von Mieschowitz und Wilhelm Fiebia, die ihn hinauswerfen sollten, schwer beleidigt. Strowig habe weiter nichts als den Wahlakt stören wollen. Die Fiktion, die der Wahlvorstand dabei benutzte, sei geradezu bewußtlos. Gegen Strowig beantragte der Staatsanwalt als den Hauptbeteiligten eine und dieselbe sechs Monate Gefängnis; außer Rebold, gegen den 2 Monate beantragt wurden, wollte er alle übrigen mit je einem Monat Gefängnis bestrafen lassen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Mandmann führte mit anderem aus: Nach § 9 des Wahlgesetzes ist die Wahl öffentlich. Herr von Nachrich hatte also kein Recht, die Teilnehmer des Wahlaktes auch nur transient wie einzuschließen. Das tat er aber, indem er den Angeklagten Legitimation vom Gemeindevorstand abforderte. Diese Forderung stand im Gegensatz zur ministeriellen Anweisung, wonach jeder Deutsche der Wahlhandlung beizubehalten hat, auch wenn er nicht in dem fraglichen Wahlkreise oder Wahlbezirk wohnt. Der Erlaß vom 18. Juli 1892 enthält keinen Hinweis darauf, daß jeder bei der Wahlhandlung Anwesende, sich als wahlberechtigt auszuweisen habe. Daß Rebold am Vormittag die Urn. trüßerte, war gleichfalls kein Grund, diesen Angeklagten aus dem Lokal zu weisen. Klipp und klar hat der Minister des Innern, von Tullwitz, auch darüber gesagt:

„Die Öffentlichkeit gestattet jedermann den Zutritt zum Wahllokale und die Anwesenheit in demselben während der ganzen Dauer der Wahl einschließlich der Ermittlung des Wahlergebnisses. Eine Ausweisung ist nicht deshalb zulässig, weil der Anwesende nicht im Wahlbezirk wahlberechtigt ist oder weil er sich nicht legitimieren kann, oder weil er sich dem Wahllokale dadurch lästig macht, daß er ihn auf bei ihm vorgekommene Verstöße gegen die Wahlvorschriften aufmerksam macht.“

Das Hausrecht des Wahlvorstehers ist also sehr eingeschränkt. Die Beweisnahme hat unzweifelhaft ergeben, daß tatsächlich schwere Verstöße gegen das Wahlgesetz vorgekommen sind. Nach § 15 des Wahlgesetzes muß der Wähler das Wahllokal innerhalb des Wahllokals erhalten. Wie der Zeuge Smolka bekundete, der nach seiner eideschwörenden Aussage für die Zentrumspartei im Wahllokale tätig war, sind die amtlichen Wahlkonverten auch außerhalb des Lokals gleichzeitig mit konserverativen Stimmzetteln verteilt worden. Und dieser Mann tat das als Beauftragter des Wahlvorstandes! Sollte

Strowig wirklich so schlimmes verbrochen, als er den Wahlvorsteher auf diese großen Verstöße aufmerksam machte? Es läßt sich aber verstehen, daß dem Herrn von Nachrich der Angeklagte Strowig dadurch ziemlich unangenehm geworden ist. Es lag kein Grund vor, die Angeklagten hinauszuweisen. Ihr gutes Recht war es, im Lokal zu verbleiben, nicht erwiesen ist, daß Strowig die beiden Arbeiter von Mieschowitz und Fiebia und den Wahlvorsteher beleidigt hat. Wunderrichtig hatte Strowig nicht die Absicht gehabt, jemanden zu beleidigen. Schließlich muß man dem Angeklagten Strowig auch seine begründete Erregung zugute halten. Auch Herr Nachrich hat sich ja nicht geheut, den herbeigerufenen Arbeitern aus seiner Fabrik zuzurufen: „Schlagt den Kerl auf meine Verantwortung ein hinter die Ohren, wenn sie sich zur Wehr setzen.“ In ruhigem Zustande würde Nachrich diese Bemerkung vielleicht ebenfalls wenig gemacht haben, wie dem Angeklagten Strowig auch manches Wort in der Hitze des Kampfes entschlipft sein mag. Sechs Monate Gefängnis sind einfach unbegründet.

Das Gericht verurteilte Strowig zu vier Monaten Gefängnis, weil er nur seine „Nachstellung“ dem Wahlvorsteher habe vor Augen führen wollen. Seine herrliche „Mäuschweiber“ habe herausfordernd gewirkt. Nachdem er zum Verlassen des Lokales aufgefordert war, habe er widerrechtlich darin verweilt. Sein Verhalten sei geeignet gewesen, die Autorität zu untergraben.“ Auch die „Beleidigungen“ können nicht leicht geahndet werden. Für den gemeinschaftlichen Saussriedensbruch wurden drei Monate festgesetzt, wegen der Beleidigung der Wahlvorstehers drei Wochen und wegen der Beleidigung der Arbeiter 10 Tage Gefängnis, und daraus ein Gesamterlaß von vier Monaten gebildet. Die Genossen Rebold, Langfeld, Tenbert und Bauer wurden wegen gemeinschaftlichen Saussriedensbruchs zu je einem Monat Gefängnis verurteilt. Rebold außerdem wegen einfachen Saussriedensbruchs, beantragen am Vormittag des Wahltages, zu noch 20 Mark Geldstrafe oder vier Tagen Gefängnis. Bemerkenswert ist noch, daß der Wahlvorsteher auf Verlangen des Verteidigers anordnete, daß der Landrat am Nachmittag des Wahltages darüber belehren müßte, daß es ungesetzlich ist, wenn man von einem Wahlkontrolleur, als Beispiel welcher Partei er angehört, einen Ausweis vom zuständigen Gemeindevorstand“ fordert. Diese Belehrung hatte Herr v. Nachrich auf die sofortige Beschwerde des Genossen Strowig dem Landrat erlassen.

Die fünf Genossen hatten ein wohlbegründetes Recht, im Wahllokale zu bleiben; weil sie es nicht verlassen haben, wurden sie zu harten Gefängnisstrafen verurteilt. Wir haben es hier wieder mit einem von den Breslauer Urteilen zu tun, die wohl über die Mauern unserer Stadt hinaus das größte Aufsehen erregen.

Acht Monate Gefängnis! Wie konnte das Gericht eine so schwere Strafe verhängen, muß jedermann fragen. Es ist doch bewiesen worden, daß sich Ungehörlichkeiten im Wahllokale und vor dem Wahllokale ereigneten, und der Wahlvorsteher selbst mußte ja auch vom Landrat über sein Vorgehen belehrt werden. War es also wirklich so schlimm, was die Wahlkontrolleure gegen die „Autorität“ des Herrn v. Nachrich, dieses Mittergutsbesizers und Amtsvorstehers getrieben haben? Wir müssen das entschieden bestreiten. Das Gericht sagt ferner, Strowig habe seine Nachstellung dem Wahlvorsteher beweisen wollen. Davon kann doch gar keine Rede sein. Die Wahlkontrolleure hatten nur die Absicht, ihr gutes Recht zu vertheidigen, das sie als gefährdet ansahen; sie handelten also in Wahrung berechtigter Interessen. Es ist ja in unzähligen Fällen durch die Erhebungen der Wahlsprüfungscommission des Reichstages nachgewiesen worden, daß es gerade auf dem Lande bei den Wahlen oft sehr sonderbar zugeht.

Wenn man nach alledem die verurteilten Genossen auf der Hut waren und das Wahlverfahren genau beobachteten, so taten sie nur, was ihnen als Bürger und Wähler ohne weiteres erlaubt war. Sie konnten sich sogar auf den Minister berufen, der ausdrücklich geschrieben hatte, es darf kein Wähler deshalb aus dem Wahllokale gewiesen werden, weil er dem Wahlvorsteher unbehagen ist. Das alles mußte nach unserer Ansicht für das Gericht ein Grund sein, den Zusammenschluß recht mild zu beurteilen. Es hat aber im Gegenteil die ganze Strenge des Gesetzes waltend lassen und ein Urteil gefällt, das große Kreise der Bevölkerung nicht verstehen werden.

Ein neues Dichter-Denkmal.

Traufen in der Scheitniger Vorstadt am Rande des waldreichen, verflucht wüchigen armen Büschwerk und inmitten zumantelnder Rindenscharen haben dankbare Freunde und Verehrer dem schlichten Sängler des schlesischen Volksliedes: Philo vom Walde, ein Denkmal errichtet. Ein Denkmal aus schlesischem grauem Marmor für den bescheidenen Vorden, für den feinsinnigen Poeten, der uns in seinen Liedern von der Einigkeit der schlesischen Dörfer, den sagenumwobenen Gründen des Riesengebirges und der kleinen, beschaulichen Welt schlesischen Volkslebens erzählt. Marmor für den Mann, dem auch die Sorge ein treuer Begleiter gewesen. — Deutsche Dichter schafften und hungerten immer weiter, — im letzten Jahr ihr groß — eins blüht euch vielleicht doch noch — nach eurem Tode: Der Ruhm, und da und dort ein Denkmal. Darin läßt sich der deutsche Pfahlbürger nicht lumpen. Zwar versteht man nicht viel von der ganzen Dichterei; das ist mehr für das weibliche Geschlecht. „Nein, unser einer hat dazu keine Zeit“; aber, ach Gott, es sieht immerhin ganz gut aus, wenn in den öffentlichen Anlagen ein Denkmal steht. Es macht doch nach außen hin Eindruck (wie furchtbar gebildet), gibt ein hübsches Bild ab, na und dann die Enthüllungsfeste. Da kann man Reden halten, weihnachtliche Dichter können Prologe sprechen und die Frauen haben für Wochen Stoff zur Unterhaltung; nicht über die Werke des Dichters, ach nein, von Toiletten- und Gesellschaftsflatsch. Und auch der Poet, dessen Gestalt von dem österröschischen Bildhauer Othel in großzügiger Auffassung aus dem harten, grauen Stein herausgemodelt ist, hat unferer, ach so verdammt praktischen Gesellschaft, bis ganz zuletzt die geforderte Frohn leisten müssen. Dichten? — na ja, so nebenbei, aber leben kann und darf man doch davon nicht. Und so hatte auch er einen ehrbaren „bürgerlichen“ Beruf, war kein Bohém über den man die Nase rümpfen müßte, sondern „Schulmeister“, war Volksschullehrer. Und dennoch gelang es ihm trotz der nervengerrüttenden Berufstätigkeit, sich eine geistige Frische zu erhalten. Er war dann so „nebenbei“ Literat, Rebell und — Dichter. Kein großer, kein Dummelstürmer, ach nein, nur ein kleiner stiller Poet. So ganz im Stillen, so vor sich hin summierte er seine Weiber, belang er in ihnen seine „schlössliche“ Heimat. Und dann war er weiter noch ein guter Mensch — ein seltenes Zusammenspiel —; in seinem reichen Gemüte fand ein tiefes soziales Mitgefühl eine Freistatt. Nicht, daß er ein Kämpfer im Sireit des Tages war; aber nie ist er ein Muder gewesen. Und während wir mit stiller Wehmut hinüberblicken zu dem Steinbild dort, mit dem etwas ornamental behandelten aus-

druckvollen Charakterkopf, dem ein paar träumerische, visionäre Augen eine milde Schönheit geben, ertönen so traulich die harmonischen Klänge des „Heimeliedl“ und „Mein Schloßerland“ (vom Breslauer Lehrergesangsverein und dem Epithetischen Männer-Gesangsverein stimmungsvoll gesungen). Aus dem grauen Regengewölbe lüftet das blendende Licht der sinkenden Sonne. Ueber die alte Fläche des in schwarz-grünen Tinten regungslos daliegenden Wäschleches huscht wie ein feines Reg flüssigen Golbes der flirrende Sonnenglast. Tiefer sährt sich das brennende Rot einiger Kranzschleifen am Soel des Denkmals. Breslauer Dichterefreunde haben dem vor sechs Jahren dahingegangenen diese Zeichen der Freiheit, der Liebe und der Kunst gewidmet. Und still, ganz still ist in der bunten farbigen Kunst geworden, die lauschend dicht gedrängt auf den Wegen der weiten Parkanlagen wogen, als die ergreifende Weise: „Stumm schläft der Sängler“ ertönt.

Trotz des nivellierenden Einflusses des modernen Wirtschaftslebens findet sich doch in jedem Lande, in fast in jeder Gegend gewisse Stimmlichkeiten (vielleicht sind's auch oft Lächerlichkeiten) und Sitten, die aus einer gewissen Unberührtheit, aus dem noch engen Zusammenhang hier lebenden Menschen mit ihrer heimlichen Scholle herausgeboren sind. Sie sind oft von einer herzerfrischenden Ursprünglichkeit. Das wird auch der modernste Kulturmenschen achten; nur muß man sich vor Ueberreibungen hüten. In diesem gesunden Sinne pflegte auch Philo vom Walde die Heimatdichtung. Darum wird auch die Breslauer Arbeiterschaft für diesen armen Volksschullehrer und schlesischen Poeten Sympathie haben.

Aus aller Welt.

Neuer Höhenrekord. Der Referendar Kasper aus Hamburg stellte gestern auf dem vierten Tage des Nord-Mark-Fluges einen neuen Höhenrekord für die deutschen Flieger auf. Er erreichte mit seinem Apparat eine Höhe von 2250 Meter. Hellmuth Dirth, der Sieger im Fernflug Berlin-Wien, machte zwei Höhenflüge bis zu 2500 und 2900 Metern.

Ein Flieger von Genscheden überfallen. Der Aviatiker Mauvais veruchte gestern einen Rundflug um Madrid auszuführen, als plötzlich in der Luft in bedeutender Höhe der Apparat und sein Pilot durch einen großen Schwarm Genscheden überfallen wurde, und dadurch aus ungefähr 20 Meter Höhe abstürzte. Wie durch ein Wunder blieb der Aviatiker Mauvais selbst vollständig unversehrt, während sein Apparat sehr stark beschädigt wurde.

Fliegerlos. Am Mittwoch morgen ereignete sich auf dem in der Nähe von Douay gelegenen Flugfelde Dravelles (Frankreich) ein schwerer Fliegerunfall. Leutnant Vaignan und der Hauptmann Dubois waren heute morgen gegen 7 Uhr aufgestiegen. Auf dem Flugfelde herrschte dichter Nebel, und als die Flieger einige Zeit dahingeflogen waren, erfolgte in den Lüften ein furchtbarer Zusammenstoß. Beide Apparate fielen aus beträchtlicher Höhe auf das Flugfeld nieder und wurden vollständig zertrümmert. Die beiden Aviatiker wurden im furchtbar verstümmelten Zustande vom Fluge getragen.

Auch bei dem Rieser Nordmarkenflug, der am Dienstag bei prächtigem Wetter begann, ging es nicht ohne Unfälle aus. Zuerst stürzte Stiefvater ab, der Leutnant Brevenesch als Fahrgast mit sich führte. Beide Flieger trugen erhebliche Verletzungen im Gesicht davon und wurden sogleich nach dem Krankenhaus gebracht. Das Flugzeug war vollständig zertrümmert. Ferner stürzte Krieger mit Korvettenkapitän a. D. Friedländer bei der Lebensdauer nachricht ab. Beide Flieger blieben unverletzt. Ihr Flugzeug ist beschädigt. Der dritte Abflug ereignete sich in der Nähe des Flugplatzes. Der Flieger Krummel mußte nämlich infolge Versagens des Motors plötzlich niedergehen, wobei sich der Apparat überschlug. Der Flieger blieb unverletzt, das Flugzeug wurde nur gering beschädigt. Im Übrigen wurden dem Publikum prächtige Flüge geboten.

Wer trägt die Schuld? Die Statistik der Personen, die im Betriebe der preussischen Staatseisenbahnen im vergangenen Jahre zu Schaden gekommen sind, weist geradezu erstaunlich hohe Ziffern auf. Im ganzen sind 2199 Personen verunglückt, davon allein 645 tödlich.

Universität Dresden? Ein Dresdener Bürger, der seinen Namen vorläufig noch nicht genannt haben will, hat sich bereit erklärt, eine Million Mark zur Errichtung einer Universität in Dresden zu stiften. Auch von verschiedenen anderen Seiten hat man sich bereit erklärt, größere oder kleinere Beträge zu diesem Zwecke herzugeben.

Feuer in der Grube. Seit einigen Tagen wütet auf der Grube „Subertus“ im Kreise Bergheim ein Feuer, das bisher noch nicht gelöscht werden konnte. Das Feuer hat bereits den ganzen Tagbau ergriffen.

6000 Mark untergeschlagen. Bei der Knappschafts-Berufsgenossenschaftskasse in Essen wurden Unterschlagungen von reichlich sechstausend Mark Rentengelder festgestellt.

9. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Berlin, 19. Juni 1912.

Zweiter Tag.

Die Verhandlungen des Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine wurden heute mit einem Referat des Chefredakteurs Dr. August Müller-Hamburg über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kleinhandels fortgesetzt. Es fehlt leider noch, so führte der Redner aus, an einer wissenschaftlichen Feststellung über die Verbreitung und Lage des Kleinhandels. Es ist indessen zu erwarten, daß der Verein für Sozialpolitik an seine Erhebungen über die Preisgestaltung weitere Untersuchungen über die Konsumvereine und im Zusammenhang damit auch über den Kleinhandel anschließen wird. Wertwürdig ist, daß die gegen die Konsumvereine gerichteten Bestrebungen der Kleinhandlertätigkeit der Unterstützung der konservativ-antifeministischen Reaktion zu erkennen haben, die doch sonst aus ihrer Verachtung des Handels kein Hehl macht. Zweifellos ist der Handel in unserer arbeitsteilig gegliederten Gesellschaft mit ihrer Gütervermittlung volkswirtschaftlich notwendig und nützlich. Er lebt allerdings von den Aufschlägen, die er auf die Produkte macht und die um so höher sein müssen, je mehr Zwischeninstanzen vorhanden sind. Der ganze Handelsbetrieb in Deutschland hat sich bis 1907 in den vorangehenden 15 Jahren um 76 Prozent auf 1.084.000 Betriebe vermehrt und die Zahl der Reichhaltigen in derselben Zeit um 146 Prozent auf 46 Prozent betrug. Es kommt also ein Handelsbetrieb auf je 7 Familien, 7 Familien müssen arbeiten, um einen Händler zu erhalten, wobei allerdings alle im Handel beschäftigten Personen ins Auge gefaßt werden, die nämlich nicht Produzenten sind. Referent kommt dann auf die Teuerung zu sprechen, zu deren Abwehr der Handel gar nichts getan habe, während die Konsumvereine der Teuerung dadurch entgegenarbeiten, daß sie durch paritariere Konsumgenossenschaftliche Verwendung des Einkommens den Reallohn den steigenden Preisen anpassen. Da die Höhe der Preise zweifellos von langer Dauer sein werden, ergibt sich hieraus eine immer größere Bedeutung der Konsumvereine. Der Kleinhandel hat die Aufhebung des Oktrois, die gesetzlich bestimmt wurde, um den Konsumenten einen Ausgleich für die Erhöhung der Lebensmittelpreise durch den Zolltarif von 1902 zu geben, einfach zu seinen Günstigen gedeutet und die Aufhebung des Oktrois nicht durch Nachlassung der Preise zu der beabsichtigten Wirkung gebracht. Der Kleinhandel folgt Preissteigerungen des Großhandels möglichst reich, bei Preisreduktionen hingegen nur zögernd und teilweise. Die Konkurrenz im Kleinhandel wirkt nur verbilligend, wenn die Mindereinnahme durch Vergrößerung des Umsatzes wett gemacht wird. Dem steht aber die notorische Ueberfüllung des Kleinhandels entgegen. Dem Kleinhandel gehen die Filialgeschäfte von Fabriken und Großbetrieben heftig zu Leibe. Diese machen allerdings auch den Konsumvereinen Konkurrenz. Würde die schwindende Warenhaus- und Konsumvereinsbesteuerung auch noch so weit getrieben, solange die Gewerbefreiheit haben, wird doch das Grundübel der ungesunden Ueberfüllung des Kleinhandels nicht beseitigt werden können. Dieses Uebel wirkt auf den Kleinhandel gerade so, wie die Hemmung auf die Arbeiter.

Die Veränderungen unserer Volkswirtschaft, die zunehmende Arbeitsteilung, die Loslösung der Industrie von der Landwirtschaft führen eine steigende Ausdehnung des Handels herbei. Auch im Handel ist der Großbetrieb dem Kleinbetrieb unbedingt überlegen. Die Statistik beweist denn auch das Wachstum des Großbetriebs im Kleinhandel der Warenhäuser, der Konsumvereine und des direkten Absatzes der Fabrik. Alle diese Großbetriebe können auf das Kleinliche, mitunter nicht ganz ehrliche Mittel des Hofetrams verzichten und können ihrem Personal in jeder Beziehung mehr gewähren, sowie auf die Warenherstellung selbst Einfluss nehmen. Im allgemeinen können Warenhäuser und Konsumvereine nebeneinander leben, aber auch hier bildet sich eine Konkurrenz heraus. Die Warenhäuser und Filialbetriebe dienen dem privatkapitalistischen Interesse, die Konsumvereine dagegen haben die prinzipiell verschiedenen Aufgaben der künftigen Beeinflussung der Lebensverhältnisse des Volks durch entsprechende Verteilung und Verwendung des Einkommens der Volksschichten. Gegenüber den Kartellen ist die genossenschaftliche Bewegung das Korrelat. Wird der Konsumverein dem Kapitalismus gegenüber den Sieg erringen? Mit uns kämpfen in sozialer Arbeit, wenn auch in notwendig verschiedenen Organisationen und mit notwendig verschiedenen Methoden, eine ganze Reihe anderer Organisationen und Kräfte. Das stärkt

unser Kraft und unser Vertrauen in die Zukunft. Wer glaubt denn, daß das Ziel der Kulturentwicklung die Ausnützung von 99 Prozent der Menschheit durch das eine Prozent der Trustherren und Kapitalmagnaten ist? Ich glaube an die zunehmende Einheit des Volkes und an eine zukünftige gerechtere Verteilung des Wirtschaftslebens. Darum glaube ich an die Zukunft der Konsumvereine. Wer mit mir daran glaubt, wird nicht enttäuscht werden.

Nach kurzer Debatte wird dieser Gegenstand verlassen. Sodann berichtet Kuppfer-Grurt über die Tätigkeit der Fortbildungskommission des Zentralverbandes, die in den nächsten 4 Jahren 17 Kurse für die Funktionäre der deutschen Genossenschaften abhalten werde. Die bisher hierauf verwendeten Kosten belaufen sich auf gegen 11.000 Mark, wovon die Hälfte auf die Entschädigung der an den Kursen teilnehmenden Schüler entfällt. Redner bittet um stärkere Dotierung des Pflanzfonds.

Generalsekretär Kaufmann-Hamburg berichtet dann über den Stand der im Zentralverband bestehenden Unterstützungskassen für die Funktionäre der Genossenschaftsbewegung, die bereits ein Vermögen von über 2 Millionen Mark aufgammelt hat und von 1200 Konsumvereinen über 200 mit mehr als 5000 versicherten Funktionären angehört. Wir haben davon abgesehen, die Unterstützungskasse unter das Pensionsgesetz für die Privatangehörigen zu stellen und wollen sie nur als Zuschußkasse zu der staatlichen Angestelltenversicherung beibehalten. Redner legt eine Anzahl Anträge vor, die sich auf die zukünftige Regelung der Einrichtung der Unterstützungskasse beziehen, die jedoch nur Vorschläge an die im September in Magdeburg zusammenzutretende Generalversammlung der Unterstützungskasse bedeutet. Die Versammlung stimmte den Vorschlägen zu.

Es folgt ein Bericht von Rieger-Hamburg über die Tätigkeit des Tarifamts. Das Tarifamt ist eingeleitet, um Streitigkeiten zwischen den Gewerkschaften und den Genossenschaften über Differenzen zu schlichten, die aus dem Arbeitsverhältnis in Genossenschaftsbetrieben hervorgehen. Redner betont namentlich die Notwendigkeit, die Arbeiter der Genossenschaften nur durch die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu beziehen. In der Debatte wurde von genossenschaftlicher Seite verlangt, es möge bei Vakanz in genossenschaftlichen Betrieben in erster Linie solche Arbeiter berücksichtigt werden, die selbst Mitglieder der betreffenden Genossenschaft sind. Die anwesenden Vertreter der Gewerkschaftlichen Zentralverbände erklärten, daß sie gegen diese Forderung nichts einzuwenden hätten, aber daran festhalten müßten, daß der Bezug der Arbeiter nur unter Kontrolle der Gewerkschaften und der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise stattfinden.

Der Vorsitzende Carl-München teilt hierauf mit, daß der nächste Genossenschaftstag wahrscheinlich in Dresden stattfinden werde, und schloß dann die Tagung.

11. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Stuttgart, 18. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Die Diskussion über die Vorstandsberichte wird heute weitergeführt. Flieger und Bus-Crefeld besprechen die in Crefeld stattgefundenen Lohnbewegungen.

Grühl-Berlin ist von allen Daten des Geschäftsberichts im großen und ganzen zufriedengestellt, vor allem hält er die Branchenkongresse für eine durchaus empfehlenswerte Einrichtung, doch nicht nur auf diesen, sondern bei jeder passenden Gelegenheit sollten Branchen- und Fachfragen besprochen werden.

Panzer-Leipzig hält die Zahlen im Vorstandsbericht über die Erfolge der Lohnbewegungen für ganz nett, aber berechne man die Summe auf das einzelne Mitglied, dann komme nur wenig heraus angesichts der teuren Verhältnisse. Die Schwierigkeiten, mehr herauszuholen, seien zwar nicht zu verkennen, aber trotzdem dürfen keineswegs die Erfolge beklagt werden. Weiter wünscht Redner, daß der Vorstand manchmal etwas weniger knauserig und vorzüglich bei Lohnbewegungen zu Werke gehen möge. Redner plädiert für Annahme eines Antrages, der die Einsetzung eines Aktionsausschusses befristet.

Martha Soppa-Berlin weist darauf hin, daß für die Aufklärung der Arbeiterinnen außerordentlich viel getan ist. Es ist gelungen 1421 Kolleginnen heranzuziehen, die sich praktisch an der Agitationsarbeit innerhalb der Filialen beteiligen. Es wäre sehr erwünscht, daß die Betätigung der Arbeiterinnen auch in einer stärkeren Delegation zum Verbandstag zum Ausdruck

käme, das Selbstbewußtsein der Arbeiterinnen müsse wachsen, damit sie sich in jeder Hinsicht als vollberechtigte Mitglieder bewegen.

Die Ausführungen einer Anzahl weiterer Redner bewegen sich im Rahmen der gegebenen Berichte. — Ziemliche Erregung verursachen die Ausführungen des Redakteurs Krähig. Er führte zunächst aus, daß beim Kampf in Form der Vorstandsdurchführung richtig gehandelt; denn abgesehen davon, daß die Konjunkturverhältnisse schlecht waren, war auch durchaus kein Objekt zur Aufnahme eines solch großen Kampfes vorhanden. Redner äußert sich dann zu Redaktionsangelegenheiten. Das Fachblatt müsse vor allem eine Stätte der freien Meinungsäußerung über alle den Verband betreffenden Fragen sein, frei sowohl den Mitgliedern wie dem Vorstand gegenüber. Die Redaktion sei aber auf dem besten Wege, vollständig unter die Diktatur des Vorstandes zu kommen. — Die dann folgenden Ausführungen, die Krähig zum Belege dieser Behauptung machte, rufen unter den Delegierten ziemliche Erregung hervor. Die Redaktion müsse die Freiheit haben, in Fragen der Taktik nicht nur die Meinung des Vorstandes, sondern auch ihre eigene zu vertreten. Ebenfalls sei das Bestreben des Vorstandes zu bekämpfen, den Verbandsangehörigen die Ausübung parlamentarischer Mandate zu beschneiden. Weiter sei es unzulässig, die Redaktion in der notwendigen Besprechung politischer Tagesfragen und zwar in sozialdemokratischem Sinne irgendwie zu behindern. Hübich, der sich gegen Krähig wandte, bestritt, daß im Vorstand die Absicht herrsche, die freie Meinungsäußerung der Redaktion zu beschränken. Aber es dürfe auch nicht der Zustand eintreten, daß der Vorstand unter die Diktatur der Redaktion komme.

Der Vorstand unterliegt in Fragen der Taktik bestimmten Gesetzen, denen er nicht entgehen kann, und die Verantwortung des Vorstandes steigt mit der Größe des Verbandes. Zur Behandlung rein politischer Fragen sei vor allem die Parteipresse da, und man verhehle ja nicht, die Mitglieder bei jeder passenden Gelegenheit auf das Abonnement der Parteipresse aufmerksam zu machen. „Der Textilarbeiter“ sei das Organ des Verbandes, es hat also den gewerkschaftlichen Charakter in den Vordergrund zu stellen. Komme es so weit, daß die Redaktion eine ganz besondere Stellung einnehme, dann könnte das zum größten Unglück für den Verband ausschlagen. Es geht also nicht an, als daß Redaktion und Vorstand möglichst verbunden werden, in Fragen der Taktik des Verbandes im Einverständnis zu handeln, dies sei bisher auch meistens geschehen.

Es wurde dann innerhalb der Diskussion über den Antrag auf Schaffung eines Aktionsausschusses entschieden, indem die Generalversammlung beschloß, den Antrag zurückzustellen, ihn aber bis zur nächsten Generalversammlung eifrig zu diskutieren, damit diese sich dann weiter damit befasse.

Dann wurde die Diskussion weiter geführt, es sprachen noch die Gauleiter Dressel und Fritsche, ferner Thomasen-Werfen, Ufermann-Gera, Mengesle Nowawies und Unger-Berlin. Der Nachmittag wird einem gemeinsamen Ausfluge gewidmet.

Vor Schluß der Sitzung gab Köffel-Berlin im Namen sämtlicher Vorstandsmitglieder eine Erklärung ab, worin sie sich scharf gegen die Ausführungen Krähigs wendeten.

Arbeiterbewegung.

Die Kriegserklärung der mitteldeutschen Metallindustriellen hat folgenden Wortlaut:

„Unser Mitglied, der Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete, hat am 27. Mai 60 Prozent seiner Belegschaft entlassen, nachdem der bel einem Teil seiner Mitglieder ausgebrochene Streik trotz weitgehender Zugeständnisse nicht beigelegt werden konnte.“

Die Verbandsgruppe Hannover, Halle (Saale), Magdeburg, des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat am 10. Mai beschlossen, den Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und angrenzenden Gebiete in dem ihm von den Gewerkschaften aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen. Dieser Beschluß hat die Genehmigung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller gefunden.

Die hannoverschen Industriellen haben wiederholt den streikenden Arbeitern und der Öffentlichkeit gegenüber erklärt, daß sie zu einer Verständigung im Wege der Aussprache bereit seien. Nachdem die streikenden Arbeiter die dazu gebotene Gelegenheit nicht ergriffen haben, wird in Ausführung des vorstehenden Beschlusses am Abend des 22. Juni in sämtlichen der unterzeichneten Gruppe angehörenden

Volkswirtschaftliches.

Wieviel Menschen kann die Erde ernähren? Die Frage hielt man bis vor kurzer Zeit für „brennend“. Demals, als man bewies, wie die Menschheit sich immer stärker vermehrt und der Kampf um die Futterplätze immer verzweifelter werden mußte.

Gegenwärtig ist die Sorge der Wissenschaft ins Gegenteil gewendet. Der jährliche Geburtenzuwachs, der eine internationale Erschütterung ist, erfüllt die ehemaligen Ueberbevölkerungspolitiker mit schreckenden Todesahnungen steigender Entvölkerung.

Dennoch ist die Frage nach der Leistungsfähigkeit der Erde keine ganz müßige Spielerei, weil sie, vernünftig gestellt, die andere Frage, die die soziale Lebensfrage ist, einschließt: Kann die Erde die Menschen gut ernähren? Ist die Massennot eine natürliche Erscheinung oder nur eine Wirkung unsinniger Organisation der Gesellschaft?

In Schollers „Jahrbuch“ untersucht der bekannte Weltklimatiker Carl Wallod das Problem. Die zu entscheidende Vorfrage ist, welche Lebenshaltung angenommen werden kann. Der größte Nahrungsbedarf ergibt sich bei pflanzlicher Nahrung; dann kann die ganze anbaufähige Erdoberfläche herangezogen werden, während bei Fleischnahrung das Haustier als Konkurrent der Menschen auftritt. Auf den Kopf der Japaner entfallen 200 Kilogramm jährlich an Getreide, in Deutschland 150 Kilogramm, in Amerika 1000 Kilogramm. Der Mehrverbrauch erklärt sich aus der Viehhaltung, die auch als Mittel der menschlichen Bekleidung nahrungsvorbereitend wirkt; wenn alle Deutschen sich nur in heutige Wolle kleiden wollten, brauchte man die Hälfte der landwirtschaftlichen Fläche für die Ernährung der Schafe.

Der englische Geograph Ravenstein hat auf der Erde Nahrung für sechs Milliarden berechnet, der Statistiker v. Firkz erhöhte die Zahl auf neun Milliarden. Oppenheimer fand gar unter Annahme technischer Zukunftsmöglichkeiten und Beschränkung der Nahrung auf Wurzelfrüchte und Gemüse — die Erde für 200 bis 250 Milliarden Menschen anbaufähig.

Wallod kommt zu anderen Ergebnissen. Er hält die Schätzungen der Anbaufähigkeit der Erde für zu hoch. Er errechnet in den Tropen 30,6 Millionen Quadratkilometer anbaufähige Fläche (mit heute 600 Millionen Bevölkerung), in der gemäßigten Zone 25,3 Millionen Quadratkilometer anbaufähige Fläche (mit 1180 Millionen Bevölkerung). Nimmt man an, daß von diesen 6600 Millionen Sektor die Hälfte als Acker benutzt wird, und daß nach amerikanischem Maßstab, zur Ernährung eines Menschen 1,2 Sektor Ackerland gehört (einschließlich der Ernährung

von Rind- und Ziegen), so kämen wir zu einer möglichen Erdoberfläche von nur 2333 Millionen Menschen. Nach der deutschen Lebenshaltung ist auf den Kopf der Bevölkerung nur 1/4 Sektor erforderlich; das wäre ein Spielraum für 5600 Millionen Menschen auf Erden. Unter Zugrundelegung des japanischen Standard kämen wir auf 22.400 Millionen Menschen. Man erkennt daraus, welche Bedeutung die Höhe der Lebenshaltung für die Frage hat.

Wallod kommt endlich zu dem Ergebnis, daß bei hoher Lebenshaltung die Menschheit sich noch verdreifachen könnte, auf etwa 5600 Millionen. Als hoher „standard of life“ gelten ihm die deutschen Verhältnisse. Daraus würde sich aber — wenn man alle diese Zukunftsspekulationen außer acht läßt — die aktuelle Tatsache ergeben; daß die Menschheit in ihrer heutigen Zahl allen ihren Mitgliedern eine dreimal höhere Lebenshaltung ermöglichen könnte als die heutige der Gegenwart. Und diese Ziffer würde sich natürlich noch vervielfachen, wenn man den Kulturvölkern allein diese Lösung zuteil werden ließe. So beweisen auch alle diese an sich müßigen Spekulationen, daß die heutige Menschheit durch ihre politisch-wirtschaftliche Organisation des natürlichen Reichtums beraubt wird, der sich ihr darbieten könnte.

Ein Kulturwerk. Für die bayerische Pfalz wird in Gomburg, in der Nähe der pfälzischen Kohlengruben, eine elektrische Ueberlandzentrale errichtet, die etwa 80 Städte und Landgemeinden mit Elektrizität versorgen soll. Das Elektrizitätswerk ist als Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von 8 1/2 Millionen Mark gedacht. Von diesem Kapital soll der Kreis 3,9 Millionen, die Städte 2,6 Millionen und die Schuldner-Gesellschaft 2 Millionen Mark übernehmen. Den Landgemeinden muß der Kreis 900.000 Mark zur Beteiligung überlassen. Auf je 500.000 Mark kommt ein Aufsichtsrat, sodas das Privatkapital (Schuldner) mit vier Aufsichtsräten stets dem Kreise und den Gemeinden gegenüber in der Minderheit ist. Strompreisänderungen können nur mit Zweidrittelmajorität des Aufsichtsrates vorgenommen werden, sodas eine Ausbeutung der Konsumenten durch die betriebsführende Firma so gut wie ausgeschlossen ist. Die Aktien sind unveräußerlich. Nach 25 Jahren muß die Privatfirma ihren Besitz auf Wunsch der Allgemeinheit für Kreis und Gemeinden sehr günstig. Es erfolgt die Abgabe des Stromes an Private und industrielle Unternehmen nicht durch die Zentrale, sondern durch die Gemeinden, jedoch sind auch hier Ausnahmen auf Wunsch zulässig.

Erst durch den lebhaften Protest unserer Parteigenossen im Lande, wurde die bayerische Regierung davon abgehalten, die geplante Zentrale der Rheinischen Schuldnergesellschaft auszu-

liefern, die bereits einen Kohlenlieferungsvertrag mit den pfälzischen Staatsgruben abgeschlossen hatte. Die Regierung weigerte sich aber entschieden, das Elektrizitätswerk in eigener Regie zu nehmen.

Der Stadtrat von Ludwigshafen a. Rh. beschloß in seiner letzten Sitzung den Anschluß der Stadt an die Zentrale und die Abtretung des eigenen Elektrizitätswerkes an die Aktiengesellschaft Ueberlandzentrale gegen einen Kaufpreis von 1 1/2 Millionen Mark. Unter den fadenhörnigsten Gründen stimmten alle bürgerlichen Stadträte gegen die Beteiligung an der Ueberlandzentrale. Durch die Abgabe seines Wertes und die Beteiligung an der Zentrale hat Ludwigshafen einer großzügigen Ausführung des Projektes die Wege geebnet, denn nunmehr ist der Anschluß der übrigen größeren Städte wie Kaiserslautern, Pirmasens, Speyer so gut wie gesichert. Daß die bürgerlichen Parteien gegen den Anschluß stimmten, liegt in ihrer Gegnerschaft zur Kommunalisierung der Betriebe; sie hätten lieber das Ganze dem Privatkapital überlassen. Für unsere Genossen aber lag um so wichtiger Veranlassung vor, dagegen zu stimmen, als auch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse verträgliche Regelung ausgearbeitet worden ist.

Bodenwucher. Der Bodenwert Berlins wird von Professor Julius Wolf-Breslau in dem Werte: „Die Volkswirtschaft der Gegenwart und Zukunft“ unter Zugrundelegung der Ziffern der Feuerversicherung und unter Heranziehung alles hierfür vorhandenen Materials auf etwas über fünf Milliarden Mark berechnet. Hierbei ist nur der nach Boden gerechnet. Aus den geschätzlichen Angaben geht hervor, daß noch im Jahre 1850 der Bodenwert von Berlin nicht über 1 1/2 v. H. des gegenwärtigen war, sodas der „Bodenwert“ von heute in ganz kurzer Zeit „geschaffen“ wurde. Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war er gegen heute müßig zu nennen: 2 1/2 Milliarden gegen 5 Milliarden Mark. Der Verfasser weist die Stufen dieser Entwicklung genauer nach und geht dann zu einer Prüfung der Entwicklung des Bodenwertes in den Berliner Vororten über. Der Wert des als „Groß-Berlin“ bezeichneten Kreises um Berlin und Groß-Berlin, den durch die Berliner Bodenpreise noch beeinflusst wird, stellt sich auf rund 10 Milliarden Mark. Mit Hilfe der Landwirtschafsstammer für die Provinz Brandenburg hat Professor Wolf auch den Wert festzustellen versucht, den dieser Boden der landwirtschaftlichen Nutzung hätte, wenn ein Konsumtionszentrum von der Art Groß-Berlins entweder in unmittelbarer Nähe oder in nächster Entfernung liege. In diesem Falle würde dem Boden „Groß-Berlins“ ein Wert von rund 28 Milliarden Mark gegen die 10 Milliarden Mark, die er gegenwärtig hat, zukommen.

nen Betrieben die Entlassung von 60 Prozent der Arbeiterschaft eintreten, wenn bis dahin nicht alle innerhalb des hannoverschen Vereins bestehenden Arbeiterbewegungen beigelegt worden sind.

Hannover, Halle a. S., Magdeburg, 17. Juni 1912.
Verbandsgruppe Hannover, Halle a. S., Magdeburg des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller.

Demgegenüber ist zunächst zu erklären:
1. Es sind keine weitgehenden Zugeständnisse gemacht. Während die Arbeiter die Forderung nach 45stündiger Arbeitszeit wünschenswert aufgefaßt haben und nur noch eine 66stündige Verlängerung, wie sie die Frankfurter Industriellen unter Mitwirkung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller erst kürzlich festgelegt haben, wollen die hannoverschen Industriellen nur 57 Stunden bewilligen, die Verlängerung auf den Sonntag verlegen und keinen vollen Lohnausgleich eintreten lassen.
2. Die hannoverschen Industriellen haben allerdings erklärt, daß sie zu einer Verständigung mit den Arbeitern im Wege der Aussprache bereit seien; sobald die Verhandlungskommissionen aber vorstellig wurden, sind sie in der empörendsten Weise behandelt und ohne Resultat fortgeschickt worden. Das Verständigungs-Angebot war also eine glatte Komödie.

Parteiangelegenheiten.

Im eigenen Heim. Unser Parteiorgan in Brandenburg a. S. ist jetzt in ein eigenes Geschäftshaus, das die Genossen mit einem Kostenaufwand von einer Viertelmillion errichten ließen, verlegt worden. Gleichzeitig wurden die Druckerei erweitert und die maschinellen Einrichtungen verbessert. — Die „Brandenburger Zeitung“ erscheint jetzt als Parteiorgan im 22. Jahrgang. Die Zeitung gehört zu denjenigen Parteiorganen, denen es gelang, sich ohne Zuschuß aus der Parteikasse auszukommen. So auch die zum Bau notwendigen Gelder ausschließlich aus dem Unternehmen sowie von der Brandenburger Organisationskommission und so die Hypothekentragung auf selbst ist, können die Brandenburger Arbeiter mit berechtigtem Stolz auf die Entwicklung ihres Organs als Wahrer ihrer Interessen und den Einzug des Blattes in das neue Heim mit Freude begrüßen.

400 Mark Strafe wegen Beleidigung durch die Presse. Redakteur F. Worys von der polnischen Ausgabe der Bergarbeiterzeitung wurde am 14. Juni von der Strafkammer zu Bochum zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt. Genosse Worys hatte einem Krakauer Blatte einen Artikel entnommen, in dem die Ausweisungspraxis der preussischen Behörden einer Kritik unterzogen wurde und durch den sich der Amtmann Dr. Eichhoff zu Balze in Westfalen beleidigt fühlte. Der Angeklagte ist wegen Preßvergehen noch nicht vorbestraft, die hohe Strafe erklärt sich vielleicht daraus, daß die Bochumer Gerichte durch die Aburteilung der Streikvergehen an hohe Strafmaße gewöhnt sind.

Der neue Schapiro-Prozess.

Darmstadt, 18. Juni.

Die Stadt Mainz hat seit Frühjahr 1910 durch die Initiative unserer Genossen im Stadtparlament eine Vollzeitsassistentin, Salche an und für sich segensreiche Neuerung hatte naturgemäß bald ihre offenen und stillen Feinde, nicht zuletzt in Kreisen, die „Jugendfürsorge“ aus konfessionellen Nebenabsichten betreiben, und ganz besonders auch in jenen Zirkeln großer und kleiner Lebemannner, die sich bald in ihrer Jagdfreiheit bedroht sahen. Es kam zu Angriffen in der Stadtverordnetenversammlung, doch stellten sich diese als unberechtigt heraus. Nichtsdestoweniger entwickelte sich weiter eine starke Stimmung gegen die Polizeiasistentin Frau Dr. Schapiro, wie auch gegen den Beigeordneten Berndt, dem das Polizeiwesen unterstand. Der dabei üppig ins Kraut schießende Klatsch wurde dem Herausgeber des „Neuesten Anzeiger“, H. Dirsch, zugetragen, der dann in einer Artikelserie die Amtsführung der Frau Schapiro und die Dienstaufsicht Berndts scharf angriß. Es wurde der Polizeiasistentin vorgeworfen, ihre Maßnahmen in sittenpolizeilicher Hin-

sicht seien nicht allein ungeschickt, sondern hätten für viele Mädchen und deren Familien großes Unglück gebracht. Diese Beschuldigungen waren mit Spitzeln gegen den Beigeordneten Berndt wegen dessen angeblich nicht einwandfreien Lebenswandels garniert. Auf die Strafanzeige der beiden kam es am 19. September v. J. zu vierstündiger Verhandlung vor der Strafkammer zu Mainz, die den Dirsch wegen Beleidigung des Berndt und der Schapiro zu sechs Monaten Gefängnis verurteilte. In dem Urteil wurde festgestellt, daß nur zwei Fälle von Lockpöbeln vorgekommen seien, in denen die Assistentin ungeschickt vorgegangen war, sonst hätten die Artikel das Ansehen beider Beleidigten in frivol und gehässiger Weise geschädigt, ein Schulz des § 198 könne dem Angeklagten nicht zuteil werden, er selbst habe ja auch darauf verzichtet. Straferhöhend kam in Betracht die Schwere und Zahl der Angriffe, die Gehässigkeit, frivole Klatschsucht und Sensationslust, die auch eine Lockerung der Beamtendisziplin herbeigeführt. Ehre, Gesundheit und Ansehen beider Personen schwer geschädigt hätten. Dem Angeklagten kam zugute, daß er das, was ihm aufgetragen, geglaubt habe. Da ein einheitlicher Entschluß zu beileiden gegen beide Personen vorgelegen habe, sei nur auf eine Strafe zu erkennen. Auf die Revision des Verurteilten hat das Reichsgericht das Urteil aufgehoben. Die Annahme einer einheitlichen Handlung in den Beleidigungen wäre unstatthaft; auch die Frage der Wahrung berechtigter Interessen hätte der gesonderten Prüfung bedurft; weiter sei das erstinstanzliche Urteil in zwei Fällen (Kimmel und Wagner) als unmittelbar auf Rechtsirrtum beruhend zu beanstanden.

Zur nochmaligen Verhandlung wurde die Sache der Strafkammer in Darmstadt überwiesen, vor der heute eine Neuauflage des Prozesses, der schon soviel Staub aufgewirbelt hat, ihren Anfang nahm. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Nagel, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Bernhardt, Vertreter der Nebenkläger Berndt und Schapiro sind die Mainzer Rechtsanwälte Cause, Pagenstecher und Köhlschberger, als Verteidiger fungieren Justizrat Bernheim-München und Dr. Popp-Darmstadt. Seitens der Anklage sind 108 Zeugen, von der Verteidigung 79 geladen. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Schweidnitz, 20. Juni. Die Unterschlagungen in der Chemischen Fabrik Saarau vor Gericht. Unter großem Andrang des Publikums beschaffte Dienstag die hiesige Strafkammer mit der Kläre des Kassendieners Peter Czichos, welcher als Anstaltler der Firma Aktiengesellschaft Silesia in Saarau am 27. Februar unter höchst merkwürdigen Begleitumständen 20.000 Mark unterschlagen hat. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte 47-jährige Angeklagte befand sich bereits seit nahezu zwanzig Jahren in Diensten dieser Firma. Ihm wurden große Geldsummen anvertraut, die er von und zur Post befördern mußte. An dem erwähnten Tage hatte er auf zwei Scheckanweisungen bei der Post zwanzigtausend Mark abgehoben, wovon 810,70 Mark für Einzahlungen abgingen. Das Kontor marlierte aber vergeblich auf die Ablieferung des Geldes, denn Czichos hatte sich das Geld in die Tasche gesteckt und war mittels Fahrrades entflohen. Als er einige Tage darauf festgenommen wurde, erklärte er, daß er fünf Rollen Goldmünzen zu je 1000 Mk. die seine Flucht behinderten, in das Striegauer Wasser geworfen habe. Den übrigen Betrag, den er in Banknoten und Papiergeld empfangen, habe er bei Neumarkt in eine Zeitung verpackt, mit einem Stein beschwert und Johann in den Mühlgraben geworfen. Der Mühlgraben wurde auch abgelassen, doch fand sich keine Spur von dem Gelde. Ebenso resultatlos blieben die Nachforschungen im Striegauer Wasser. Hatten die Angaben des Czichos anfangs den Eindruck erweckt, als handele es sich um die Tat eines Geisteskranken, so ergab die Verhandlung vor Gericht ein ganz anderes Bild. Es wurde festgestellt, daß Czichos in den letzten Jahren arg verbummelt war, unzuverlässig und unpünktlich geworden war, so daß er seine Entlassung zu erwägen hatte. Und so erklärte er jetzt vor Gericht, daß er sich mit dieser großen Fehlbauktion nur habe an der Firma rächen wollen. Er blieb dabei, daß er das Geld in das Wasser geworfen habe, doch bestand an Gerichtsstelle kein Zweifel, daß Czichos das Geld irgendwo gut versteckt halte, um

es später an sich zu bringen. Czichos wurde zu 8 1/2 Jahren Gefängnis und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt, nachdem der Staatsanwalt gegen ihn 6 Jahre Gefängnis und 6 Jahre Ehrverlust beantragt hatte.

Glogau, 20. Juni. Massenbetrieb. Das hiesige Landgericht dürfte am letzten Dienstag einen Rekord aufgestellt haben, indem es auf ein und denselben Tag 41 Eheverbotungsklagen ansah und davon auch eine ganze Anzahl zur Erledigung brachte.

Ehen werden, so heißt es immer, im Himmel geschlossen und auf der Erde — geschlossen.
Vollkornbrot, 21. Juni. Kindliche Einfalt. Zwischen den Stationen Tschirnh und Bohraufersdorf mußte am Sonntagabend ein nach Rohnstorf fahrender Personenzug unversehentlich halten. Ein drei- bis vierjähriger Knabe hatte sich mit ausgerecktem Arme in mitten zwischen die Schienen gestellt und den heranbrausenden Zug ruhig an sich heran kommen lassen. Dem Zugführer gelang es zum Glück, den Zug kurz vor dem Kinde zum Halten zu bringen.

Könnte man nicht nach berühmten Mustern dem Knirps wegen Gefährdung eines Eisenbahnzuges den Prozeß machen und ins Gefängnis stecken.

Wofen, 20. Juni. Aus dem Fenster gesprungen. Die Haushälterin des Hauses Wiesenstraße 18, verehelichte Marianna Urbanek, wurde Mittwoch früh im Hofe dieses Grundstücks schwer verletzt aufgefunden; sie ist bald darauf verstorben. Da bei der Leichenschau eine bestimmte Todesursache nicht festgestellt werden konnte, sondern nur eine schwere Armverletzung gefunden wurde, wurde die Leiche beschlagnahmt und dem Stadtkrankenhaus überwiesen. Es wird vermutet, daß sich die Frau aus dem 2. Stock des Hauses, wo ihre Schuhe standen, in den Hof hinabgestürzt hat.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12-1 Uhr. Freitags Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

Schönlande. In solchen Fällen haben die Gemeinden selber das Recht, die armen Leute aus dem Orte fernzuhalten.

S. Wilschowitz. 1. Sie können diese Zeitschrift machen, müssen aber vorsichtig sein. 2. Bei 120 Mk. Monatsgehalt kann Ihnen wegen einer Warenschuld nichts vom Gehalt gepfändet werden; was über 120 Mk. monatlich hinausgeht, ist dagegen pfändbar. 3. Der Gläubiger kann gegen Sie nichts ausrichten; Sie haben Anspruch auf Entschädigung und können ihn verklagen.

W. C. Weisterwitz. Der Wirt hält sich mit seiner Forderung an Sie, wenn nichts anderes ausgemacht wurde. Ihr Vertreter hätte sich einer Unterschlagung schuldig gemacht, die mit Geld oder Gefängnis bestraft wird.

Z. Die Vorchrift eines Ortsstatuts, monach das Bürgerrechtsgeld vom unpfändbaren Lohne abgezogen werden könnte, wäre unbillig. Der Teil des Lohnes allerdings, der 1500 Mk. jährlich übersteigt, kann auch wegen des rückständigen Bürgerrechtsgeldes gepfändet werden.

S. J. in S. 1. Die von der Frau in die Ehe eingebrachten Möbel dürfen wegen Schulden des Mannes nicht gepfändet werden. 2. Die Frau haftet überhaupt nicht für die Gerichtsschulden ihres Mannes. 3. Ein Fahrrad, das zur Arbeit gebraucht wird, ist nicht pfändbar.

Z. Sp. M. Lauter der Pfändungs- und Ueberweisungsbeschlusses dahin, daß die Miete an den Gläubiger des Hauswirts zu zahlen ist, so müssen Sie das tun, wenn Sie nicht Gefahr laufen wollen, die Miete noch ein zweitesmal zu zahlen. Die Miete ist dem Gläubiger ins Haus zu schicken.

St. Westendstraße. Nach dem Gesetz ist die Miete am Schlusse des Monats zu zahlen. Meistens verabreden aber die Hauswirte mündlich oder schriftlich, ihnen die Miete im voraus zu geben, was gesetzlich zulässig ist. Wer sich verpflichtet hat, die Miete im voraus zu zahlen, muß das tun und kann sich nicht aufs Gesetz berufen, das etwas anderes bestimmt.

Leser! Bevorzugt bei Euern Einkäufen unsere Inserenten und die Adressen des Bezugs-Quellen-Verzeichnisses.

im eigenen Interesse

achte man stets darauf, dass man das erhält, was man haben will! Es gibt viele Nachahmungen in ähnlichen Packungen von

Dr. Oetker's Backpulver
Dr. Oetker's Puddingpulver
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker

Diese Nachahmungen weise man aber zurück und fordere ausdrücklich die echten Fabrikate mit dem Namen

„Dr. Oetker's“

Überall zu haben! 1655

1 Päckchen 10 Pfg. 3 Stück 25 Pfg.

Eine Baberelle mit Kindern soll nicht nur für diese, sondern auch für die Mutter eine Erholung sein. Trotzdem müssen die Kinder zu ihrem Rechte kommen, besonders die Kleinsten bedürfen der gleichen pünktlichen Wartung und Pflege und derselben sorgfältigen Ernährung wie daheim. Ein Nahrungsmittel, das die Vorzüge einer leichten Zubereitung und langen Haltbarkeit mit denen der Nährhaftigkeit und leichten Verdaulichkeit vereint, ist „F u f e l“, und es ist deshalb für solche Fälle nur bestens zu empfehlen. 4185

Rohtab handlung **Carl Rother & Rode**
Breslau I, Gummerei Nr. 26.
Eigentlich: H. v. d. G. v. d. G.

„Der wahre Jakob“.
Sozialdemokratisches Witzblatt. — Heft 10 Pfg.

Eisen-Kraft-Sprudel?



2181

Urbin

Bester Schuh-Putz

Blitzblanke Stiefel sondersgleichen sind mit Urbin nur zu erhalten.
In Dosen zu 10, 15 und 20 Pfg. überall erhältlich.
Fabrik: URBAN & LENN, CHARLOTTENBURG.

Eisen-Kraft-Sprudel?

Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“ für Breslau u. Umgegend
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Einladung zur ordentlich. Generalversammlung

am Freitag, den 28. Juni 1912, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus zu Breslau, Margaretenstr. 17.

Tagesordnung:
1. Bericht über das III. Quartal des Geschäftsjahres 1911/12.
2. Aufsichtsratswahlen.
3. Bericht über die diesjährigen Genossenschaftstagen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 7110

Der Aufsichtsrat
des Konsum- u. Sparverein „Vorwärts“ für Breslau u. Umgegend
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Max Tockus, Vorsitzender.

Verlangen Sie Achten Sie

Henkel's Bleich-Soda. Bleich-Soda

verehrte Hausfrau beim Einkauf von Bleich-Soda aber auch darauf, dass Sie wirklich mit dem Namen **Henkel** und Schutzmarke „Löwe“ erhalten. Überall erhältlich!

Altbekannt und beliebt, praktisch zum Einweichen und Vorwaschen der Wäsche. Unentbehrlich für den Hausputz!